

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018

AKTUELLES

Run auf Kitas und Schulen – Experten fordern massive Investitionen.....	2
Eltern mit wenig Bildung: Kinder landen vor Bildschirmen.....	4
Berliner Filmfestspiele bekommen Doppelspitze aus Italien und Holland	6
Lastwagen voll Zukunftstechnik fährt bundesweit Schulhöfe an	8
Trauriger Rekord: 30 Millionen Kinder weltweit auf der Flucht.....	9

KULTURPOLITIK

Steinmeier eröffnet Thomas-Mann-Haus in USA.....	11
Ägyptisches Museum zieht an die Pyramiden	12

BERUF UND WEITERBILDUNG

Bayern will mehr als 40 Millionen Euro in Weiterbildung investieren	16
Referendariat für angehende NRW-Lehrer künftig auch in Teilzeit	16

FORSCHUNGSPOLITIK

Himmliches Hochbeet: Tomaten sollen in Satelliten wachsen	18
Dresden als „Polarisierungslabor“	22

HOCHSCHULE

Prüfungsunfähig? – Massenabbruch einer Klausur wirft Fragen auf	23
Minister: Langzeitstudiengebühren verfehlen ihr Ziel in S-A.....	28

SCHULE

Inklusionsbündnis fordert bessere Bedingungen an Regelschulen in NRW...	30
Hessen setzt Disziplinarverfahren gegen 4200 Lehrer aus	34

VORSCHULE

Kita-Kinder in Rheinland-Pfalz sollen besser betreut werden	35
---	----

URTEILE

Bundesgericht: Oma gilt nicht als „geeignete Tagespflegeperson“	39
---	----

TERMINE

.....	43
-------	----

INHALT (GESAMT)	47
------------------------------	-----------

Verantwortlich: Kirsten Baukhage | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Run auf Kitas und Schulen – Experten fordern massive Investitionen

Berlin (dpa) – Zu wenig Lehrer und Erzieher, eine wachsende Kluft zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern: Kitas und Schulen in Deutschland müssen nach Ansicht von Experten besser für den stetig wachsenden Zulauf von Kindern und Jugendlichen gerüstet werden. Dabei müssten sie benachteiligte Kinder, etwa aus zugewanderten Familien, besser fördern. Das geht aus dem am 22. Juni in Berlin vorgestellten Nationalen Bildungsbericht 2018 hervor. Der Bericht im Auftrag von Bund und Ländern stammt von einer unabhängigen Forschergruppe. „Er ist ein Weckruf an die Politik“, sagte der Präsident der Kultusministerkonferenz, Thüringens Ressortchef Helmut Holter (Linke). Die Experten, Gewerkschaften und Verbände sehen enorme Investitionen als nötig an.

So verließen mit 49 300 – oder sechs Prozent der Schulabgänger 2016 – wieder mehr Jugendliche als in den Vorjahren die Schule ohne mindestens Hauptschulabschluss, 2015 waren es 1900 weniger. Der Anstieg ging fast komplett auf ausländische Jugendliche zurück, 10 800 von ihnen blieben 2016 ohne Abschluss. Insgesamt müssten die Bildungseinrichtungen wegen des verstärkten Zuzugs Schutzsuchender mehr Integrations-, Sprach- und Vorbereitungsleistungen erbringen.

Schere zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern immer größer

Der Bericht zeigt eine verfestigte Spaltung zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern an den oberen und unteren Rändern. Fast jeder zehnte Jugendliche in Stufe 9 verfehlt den Mindeststandard beim Lesen. Dagegen stieg der Anteil der Schulabsolventen mit Abitur binnen zehn Jahren von 34 auf 43 Prozent 2016.

Die 15-Jährigen in Deutschland haben im internationalen Vergleich aufgeholt: Ihre Leistungen lägen nicht mehr, wie noch im Jahr 2000, unter OECD-Durchschnitt. Bei den Grundschulern aber sei der Abstand zur Spitzengruppe im OECD-Vergleich sogar größer geworden.

Wegen steigender Geburtenzahlen und der Zuwanderung nach Deutschland kommen dabei immer mehr Kinder und Jugendliche in die Kitas und Schulen. Deshalb schlussfolgern die Forscher: Es brauche mehr Personal und Plätze. Auch weil Mütter immer häufiger arbeiten, steige der Bedarf an Betreuung. Der Sprecher der Autorengruppe, der Berliner Bildungsforscher Kai Maaz, sprach sich für einen weiteren Ausbau und Umbau des deutschen Bildungssystems aus.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - AKTUELLES

Bereits heute gebe es enorme Unterschiede beim Versuch, genug Lehrer zu gewinnen. Bei Neueinstellungen schwanke der Anteil der Seiteneinsteiger von Land zu Land zwischen 0 bis 35 Prozent, sagte Maaz. Viele Stellen müssten auch wegen älter werdender Lehrer absehbar neu besetzt werden. Holter mahnte, allein in Ostdeutschland sei jeder zweite Lehrer älter als 50 Jahre.

In den Kitas mit ihren mehr als 600 000 Erzieherinnen und Erziehern konnte der enorm gewachsene Personalbedarf bisher zum größten Teil über neu Ausgebildete gedeckt werden, so der Bericht. Bis 2025 aber brauchen die Kitas, so die Forscher, 313 000 zusätzliche Fachkräfte. Aber nur 274 000 würden bis dahin neu ausgebildet. Weitere 270 000 zusätzliche Fachkräfte würden benötigt, wenn die Kitas grundlegend mehr Bildungs- und Erziehungsaufgaben übernehmen sollten.

Ländliche Regionen büßen immer mehr Bildungsangebote ein

Die regionalen Unterschiede sind groß – die Forscher sehen Problemregionen dabei vor einem Teufelskreis. „In einem Teil der ländlichen Regionen gibt es bereits jetzt nicht mehr ausreichend wohnortnahe Bildungsangebote“, so der Bericht. Das betreffe vor allem Schulen. Aber auch der Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist etwa in Ostdeutschland deutlich stärker gesunken (auf 3,6 Prozent im Jahr 2016) als in Westdeutschland (5,2 Prozent). Auch Hochschulangebote seien in schwächeren Regionen weniger vielfältig. Diese Schwierigkeiten drohten die Attraktivität der Problemregionen weiter zu senken.

Bei allen Problemen: Bildung lohnt sich laut dem Bericht für jeden Einzelnen. So verdienen zum Beispiel Akademikerinnen im Schnitt fast acht Euro pro Stunde mehr als Frauen mit beruflicher Ausbildung, bei den Männern beträgt dieser Unterschied sogar neun Euro. Bildung wirke sich auch positiv auf gesellschaftliches Engagement, Gesundheits- und Wahlverhalten aus. So gehen etwa 57 Prozent der 18- bis unter 40-Jährigen mit Hochschulreife wählen. Mit einem Hauptschulabschluss sind es nur 41 Prozent.

Gewerkschaften: Mehr Geld – mehr Personal

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) betonte: „Bildung liegt in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft.“ Viele Akteure seien für gute Bildung gefordert. Karliczek zitierte ein afrikanisches Sprichwort: „Um ein Kind großzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mahnte dringend zusätzliche Investitionen in den Bildungsbereich an. Zudem müsse der Pädagogen-Beruf attraktiver gemacht werden, um den gravierenden Personalmangel insbesondere an Kitas und Schulen erfolgreich zu be-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - AKTUELLES

kämpfen. „Allen Maßnahmen zum Trotz ist es bis heute nicht gelungen, das Kardinalproblem des deutschen Bildungssystems – die enge Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg – zu lösen“. kritisierte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am 22. Juni in Frankfurt/Main. „Die soziale Schere geht sogar wieder weiter auseinander. Hier muss endlich angesetzt werden.“

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) wies auf den durch den Bildungsbericht untermauerten Mehrbedarf an Lehrern hin. Bis heute bleibe die Politik die Antwort schuldig, wie und wo mehr originär ausgebildete Lehrkräfte herkommen sollen. „Fakt ist: Die Schere geht auseinander“, betonte auch der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann. „Es kommen mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Bildungsabschlüssen, es gelingt aber nach wie vor nicht, alle mitzunehmen. Wir brauchen dringend mehr Breitenförderung. Das geht nur mit hochwertig originär ausgebildeten Lehrkräften.“

Basil Wegener (Berlin)

Internet:

- DIPF aktuell <http://dpaq.de/VxLls>
- KMK Presse <http://dpaq.de/hQzjZ>

Eltern mit wenig Bildung: Kinder landen vor Bildschirmen

Köln (dpa) – Fernseher, YouTube, Computerspiele: Besonders Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern verbringen viel Zeit vor Bildschirmen. „Zu viel Mediennutzung im jungen Alter kann sich aber für die Entwicklung ungünstig auswirken“, sagte Familienpolitik-Experte Wido Geis vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln mit Blick auf Daten des Nationalen Bildungspanels. Sein Institut warnt vor krankhaftem Übergewicht, Augenbeschwerden, Schlafstörungen und aggressiverem Sozialverhalten bei übermäßigem Medienkonsum.

Fast drei von fünf Viertklässlern mit einer Mutter, die weder Ausbildung noch Berufsfachschule oder Studium absolviert hat, verbrachten nach der IW-Auswertung mehr als zwei Stunden am Tag vor Bildschirmen. Auf Kinder aller Mütter gemünzt, waren es hingegen nur etwa zwei von fünf Jungen und Mädchen mit ähnlich hohem Medienkonsum. Am wenigsten schauten Viertklässler von Müttern mit Hochschulabschluss täglich auf Bildschirme – nur bei knapp drei von zehn waren es mehr als zwei Stunden.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - AKTUELLES

Den Grund für die Diskrepanz sieht IW-Experte Geis darin, dass sich die Kinder an ihren Eltern orientierten. „Erwachsene aus bildungsfernen Haushalten konsumieren mehr TV“, erklärte er. „Eltern aus bildungsnahen Haushalten besitzen deutlich mehr Bücher und lesen mehr.“

Trotzdem attestiert Geis den bildungsferneren Familien keine „Laissez-Faire“-Erziehung in allen Bereichen. Fast zwei von fünf Kinder mit Müttern ohne berufsqualifizierenden Bildungsabschluss sagten demnach, dass ihre Eltern Wert darauf legten, dass sie die Hausaufgaben immer zur selben Zeit machen. In Familien mit höher qualifizierten Müttern war das deutlich seltener die Regel. „Niedrigqualifizierte Mütter begleiten ihre Kinder häufiger bei den Hausaufgaben“, erklärte Geis.

Schulen müssen digitale Kompetenzen vermitteln

In den Schulen sollten die Kinder nach Einschätzung des IW digitale Kompetenzen erlernen. Andernfalls drohe besonders den Kindern aus bildungsfernen Haushalten, abgehängt zu werden und später am Arbeitsmarkt weniger Chancen zu haben. Computerspiele und Filme seien dabei aber nicht sinnvoll, es sei denn in einem geeigneten pädagogischen Rahmen.

Ramelow: Bildung und Betreuung sollten beitragsfrei sein

Erfurt (dpa) – Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hat sich für kostenfreie Bildung und Kinderbetreuung in Deutschland ausgesprochen. Es sei unverständlich, dass die Studiengebühren abgeschafft seien, die Eltern für kleine Kinder aber Kita-Gebühren zahlen müssten, sagte Ramelow am 20. Juni im Landtag in Erfurt. Angesichts von mehreren Millionen Kindern, die in Deutschland in armen Verhältnissen lebten, müsste über eine bessere Kinderförderung geredet werden.

Schritte dazu könnten die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Kinderbetreuung oder Schulesen, die Beitragsfreiheit für Kita-Betreuung sowie eine Kindergrundsicherung sein, die aus dem bisherigen steuerlichen Ehegattensplitting finanziert werden könnte. Ramelow: „Armut darf Kinder nicht ausgrenzen.“

Vertreter der Koalitionsfraktionen Linke, SPD und Grüne sprachen sich dafür aus, dass der niedrigere Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für alle Kinderprodukte und Dienstleistungen gelten sollte. Über die Höhe der Mehrwertsteuer in Deutschland kann nur der Bundestag entscheiden.

Berliner Filmfestspiele bekommen Doppelspitze aus Italien und Holland

Berlin (dpa) – Die Berlinale wird in Zukunft von einer Doppelspitze geleitet. Nachfolger von Festivaldirektor Dieter Kosslick (70) werden der Italiener Carlo Chatrian (46) als künstlerischer Leiter und die gebürtige Niederländerin Mariette Rissenbeek (Jahrgang 1956) als geschäftsführende Leiterin. Das gab Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) als Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) am 22. Juni in Berlin bekannt.

Chatrian ist bislang Chef des Filmfests von Locarno. Die seit den 1980er Jahren in Deutschland lebende Rissenbeek ist Geschäftsführerin von German Films, der Auslandsvertretung des deutschen Films. Beide erhalten einen über fünf Jahre laufenden Vertrag. Kosslick wird bei der Berlinale vom 7. bis 17. Februar 2019 das letzte Mal als Festivaldirektor auf dem roten Teppich stehen.

„Filmverrückt“ – Carlo Chatrian wird Berlinale-Chef

Er nennt sich selbst „filmverrückt“, ist experimentierfreudig und international bestens vernetzt. Auf den 46 Jahre alten Chatrian wartet in Berlin mit dem weltweit größten Publikumsfestival ein riesiger Festivalanker. Angesichts radikal veränderter Sehgewohnheiten werden die Filmfestivals der Zukunft ganz anders als heute aussehen. Das weiß auch Chatrian, wie er im Interview der „Neuen Zürcher Zeitung“ sagte: „Für mich stehen immer noch die Filme im Mittelpunkt, aber ich denke, heutzutage können Festivals nicht einfach nur Filme projizieren. Man muss etwas drumherum bieten.“

Der publikumswirksame Auftritt im Blitzlichtgewitter war bislang nicht Chatrians Sache. Sein Motto lautet „Hier sind die Filme die Stars!“. Ein Festival wie die Berlinale lebt aber auch von begeistert kreischenden Fans und glamourösen Star-Defilees auf dem roten Teppich – und auch zu Dieter Kosslicks mit Charme und Nonchalance gepflegten Show-Einlagen im Scheinwerferlicht dürfte Chatrians eher höflich zurückhaltendes Auftreten ein Gegensatz sein.

Chatrian findet Berlinale spannend – muss noch Deutsch lernen

Noch im Vorjahr hatte Chatrian der „Zeit“ gesagt, dass er die Berlinale für eines der spannendsten Filmfestivals halte, sich selbst aber nicht in der Rolle eines ihrer Leiter sähe. Deutsch versteht Chatrian übrigens recht gut, spricht es aber bisher nicht. Der ausgewiesene Filmkenner wurde im norditalienischen Turin geboren und studierte dort Literatur und Philosophie. Seit den 1990er Jahren arbeitete er als Filmkritiker. Seit 2012 ist Chatrian künstlerischer Leiter des Filmfests von Locarno im Tessin in der Schweiz.

Chatrian hat ein Gespür für die Bedürfnisse des breiten Publikums wie der Fachbesucher. Er weiß um den Wert eines kommerziell gewichtigen Filmmarktes, dem von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenen Herzstück der Berlinale für professionelle Filmeinkäufer. Zufrieden mit der Berufung dürften die Regisseure sein, die in der Nachfolge-Debatte in einem offenen Brief einen inhaltlichen Neustart für das Festival gefordert hatten.

Dem deutschen Kino zeigte sich Chatrian als Locarno-Chef stets engagiert verbunden. So zeigte das Festival 2016 unter seiner Ägide eine viel beachtete Retrospektive zum ost- und westdeutschen Kino der 1950er und 1960er Jahre. Regelmäßig lud er – anders als etwa Cannes – deutsche Filme in den Wettbewerb ein. Oder Chatrian zeigte sie außerhalb der Konkurrenz bei einer der legendären abendlichen Freiluftaufführungen für mehr als 8000 Zuschauer auf der malerischen Piazza Grande von Locarno – im Vorjahr Jan Zabeils Spielfilm „Drei Zinnen“ mit Alexander Fehling in der Hauptrolle.

Grütters über Berlinale-Chef: „Chatrian die richtige Wahl“

Für die Nachfolge von Berlinale-Chef Dieter Kosslick hat die verantwortliche Findungskommission mehr als 40 Personalgespräche geführt. Die Vorsitzende, Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU), sagt der dpa, warum die Wahl auf Carlo Chatrian fiel. Und wie die Doppelspitze mit Mariette Rissenbeek aussehen soll.

Wird Carlo Chatrian den notwendigen Spagat zwischen anspruchsvollem Wettbewerb und Publikumsgeschmack hinkriegen?

Antwort: Dass er das kann, hat er ja in Locarno bereits zur Genüge bewiesen. Er hat sich dort als Kurator eines sehr anspruchsvollen Arthouse-Filmprogramms einen weltweit hervorragenden Ruf erworben und zugleich das Festival zu einem höchst erfolgreichen Publikumsereignis gemacht. Uns hat Chatrian durch seine Leidenschaft für den Film und seine lebhaft, kommunikative Art überzeugt. Er ist weltweit bestens vernetzt, steht für eine internationale Perspektive und stellt sich als Vertreter einer jüngeren Generation der digitalen Zukunft. Wir sind sicher: Er ist die richtige Wahl.

Die Berlinale braucht aber auch den Hollywood-Glamour. Schafft er das, bescheiden wie er ist?

Antwort: Klar, das will jedes Festival. Und Chatrian ist ein Weltreisender in Sachen Film, er ist gewinnend und überzeugend – das wird ihm also sicher gelingen. Das Auswahlverfahren hat immer wieder bewiesen: Die Berlinale hat einen erstklassigen Ruf in der Welt, jeder findet es spannend, hierher zu kommen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - AKTUELLES

Wie soll die Aufgabenverteilung zwischen Chatrian und Rissenbeek aussehen?

Antwort: Chatrian brennt für den Film. Er will sich auf seine kuratorische Aufgabe konzentrieren. Deshalb haben wir für ihn die Stelle des künstlerischen Direktors neu geschaffen. Mariette Rissenbeek übernimmt die geschäftsführenden Aufgaben. Aber letztlich werden beide das Festival gemeinsam gestalten, managen und verantworten müssen.

Frau Rissenbeek saß selbst in der Findungskommission. Hat das nicht ein Geschmäcke?

Antwort: Das ist in der Tat erklärungsbedürftig. Aber sie selbst wäre nie auf die Idee gekommen, sich ins Gespräch zu bringen. Gemeinsam mit Staatssekretär Björn Böhning, der für Berlin in der Findungskommission war, habe ich sie gebeten, sich eine Mitwirkung in der Berlinale-Leitung zu überlegen. Wir hatten ein wirklich gutes und breites weibliches Bewerberfeld, aber Mariette Rissenbeek war für uns mit Abstand die erste Wahl, gerade in Verbindung mit Carlo Chatrian. Sie ist eine profunde Kennerin der internationalen Filmszene und eine große Förderin des deutschen Films. Wir wollten auf die Beste einfach nicht verzichten, nur weil sie in der Findungskommission war.

Dann brauchen Sie eigentlich noch einen dritten, der mit rotem Schal und vielen lockeren Sprüchen die Gäste bespaßt...

Antwort: In der Tat: Dieter Kosslicks Qualitäten als Gastgeber sind einzigartig. Das hat er auf unvergleichlich charmante Art gemacht. Wir alle sind Dieter Kosslick für seine Verdienste um die Berlinale sehr, sehr dankbar.

ZUR PERSON: Staatsministerin Monika Grütters, 1962 im westfälischen Münster geboren, ist seit 2013 Deutschlands oberste Kulturverantwortliche.

Elke Vogel, Nada Weigelt und Peter Claus (Berlin)

Internet:

- Biografie Festivalseite Locarno <http://dpaq.de/BUP7D>
- Artikel in der „Zeit“ <http://dpaq.de/hKFaX>
- Interview NZZ <http://dpaq.de/xJru4>
- Homepage Berlinale <http://dpaq.de/MaUEh>

Lastwagen voll Zukunftstechnik fährt bundesweit Schulhöfe an

Recke/Bonn (dpa) – Roboter programmieren oder einen virtuellen Ball mit den eigenen Gedanken steuern: An Bord eines großen Lasters, der ab die-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - AKTUELLES

ser Woche bundesweit Schulhöfe anfährt, können Schüler Zukunftstechnologien erleben und ausprobieren. Der sogenannte Touch-Tomorrow-Truck soll als mobiler Lernort 7. und 8. Klassen sowie in den Jahrgangsstufen 11 und 12 für naturwissenschaftliche Fächer begeistern. Woche für Woche soll er an anderen Gymnasien und Gesamtschulen Station machen.

In Kleingruppen und angeleitet von Naturwissenschaftlern sollen sich die Schüler auf den mehr als 100 Quadratmetern Fläche in dem Lkw verschiedenen neuartigen Technologien widmen, etwa der virtuellen Realität oder intelligenter Kleidung, die mit besonderen elektronischen Geräten und Funktionen ausgestattet ist. Mit Exponaten zum Anfassen und Austesten sollen technische Berufs- und Forschungsfelder begreifbar gemacht werden.

Den offiziellen Startschuss gab am 21. Juni Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) in Recke im Kreis Steinfurt. Der Truck fährt 2018 die Bundesländer NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Berlin und Brandenburg an und soll pro Jahr etwa 10 000 Schüler erreichen. Bis zu den Sommerferien bleibt er zunächst in NRW: Weitere Stationen sind etwa Rodenkirchen, Solingen und Königswinter. Das Projekt wird finanziert von der Dr. Hans Riegel-Stiftung.

Internet:

- Informationen zum Projekt <http://dpaq.de/TmaNS>

Trauriger Rekord: 30 Millionen Kinder weltweit auf der Flucht

Köln (dpa) – Rund 30 Millionen Kinder und Jugendliche sind nach Angaben von Unicef auf der Flucht vor Konflikten – mehr als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Unter allen Menschen mit Flüchtlingsstatus ist gut die Hälfte jünger als 18 Jahre, wie das UN-Kinderhilfswerk am 20. Juni zum Weltflüchtlingstag mitteilte. Diese Jungen und Mädchen – unabhängig davon, ob in ein fremdes Land geflüchtet, Asylbewerber oder Binnenvertriebene im eigenen Land – seien oft großen Gefahren ausgesetzt. Viele werden nicht gesundheitlich versorgt. Nur die Hälfte der Kinder besuche eine Grundschule, nicht einmal jeder vierte geflüchtete Jugendliche eine weiterführende Schule.

Zahl der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge verfünffacht

Auch die Zahl der Minderjährigen, die allein auf den Flucht- und Migrationsrouten unterwegs sind, ist laut Unicef inzwischen auf eine traurige Rekordhöhe gestiegen. Mindestens 300 000 unbegleitete oder von ihren Eltern

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - AKTUELLES

getrennte Heranwachsende wurden 2015 bis 2016 in 80 Ländern registriert – fünfmal so viele wie 2010 bis 2011. „Unbegleitete Mädchen und Jungen werden häufig Opfer von Menschenhandel, Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch“, warnte die Organisation und forderte mehr Schutz, bessere Versorgung und langfristige Lösungen für die Kinder.

Unicef-Botschafter Alexander Gerst will von Bord der Internationalen Raumstation ISS aus für die zum Flüchtlingstag gestartete Kampagne „#träumesindgrenzenlos“ werben. Das hatte der Astronaut jungen Unicef-Ehrenamtlern vor seinem Start versprochen. Bei der Aktion im Netz und in den Fußgängerzonen sollen möglichst viele Menschen ihre Träume auf Karten notieren. Der Vergleich mit den Sehnsüchten geflüchteter Kinder soll aufrütteln und Solidarität wecken.

SOS-Kinderdörfer fordern mehr Schutz für Flüchtlingskinder

Berlin (dpa) – Die Hilfsorganisation SOS-Kinderdörfer hat die Regierungen weltweit dazu aufgefordert, mehr für den Schutz der rund 30 Millionen Flüchtlingskinder zu tun. „Wir brauchen dringend internationale Vereinbarungen und Maßnahmen, um diese Kinder und Jugendlichen vor Ausbeutung, Missbrauch und Tod zu bewahren“, sagte Louay Yassin, Pressesprecher der SOS-Kinderdörfer weltweit, in einer Mitteilung vom 19. Juni.

In vielen Orten auf der Welt sei die Lage dieser Kinder und Jugendlichen miserabel, kritisieren die SOS-Kinderdörfer. Gerade unbegleitete oder von ihren Familien getrennte Kinder seien in einer prekären Situation. In Griechenland etwa befänden sich derzeit 22 500 Flüchtlingskinder, darunter 3150 unbegleitete Minderjährige. Weil es kaum legale Wege gebe, um Landesgrenzen zu überwinden, seien sie oft auf Schleuser angewiesen. „Viele müssen sich prostituieren, um zu überleben“, erklärt der Leiter der SOS-Kinderdörfer in Griechenland, George Protopapas.

Internet:

- UNHCR-Report <http://dpaq.de/Wrv2B>

KULTURPOLITIK

Steinmeier eröffnet Thomas-Mann-Haus in USA

Los Angeles (dpa) – Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei der Eröffnung des Thomas-Mann-Hauses in Los Angeles die Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und den USA trotz aller aktuellen Spannungen hervorgehoben. „Das Ringen um Demokratie, das Ringen um eine freie und offene Gesellschaft ist das, was uns, die Vereinigten Staaten und Deutschland, auch weiterhin verbinden wird“, sagte er am 18. Juni. Die Eröffnung sei „in diesen stürmischen Zeiten auch ein wunderbarer Augenblick für die Freundschaft zwischen unseren Ländern, betonte er.

Die ehemalige Villa des Schriftstellers Thomas Mann soll künftig als transatlantische Begegnungsstätte und Domizil für Stipendiaten genutzt werden. Die Bundesregierung hatte das Anwesen 2016 gekauft, um es vor dem Abriss zu bewahren. Daran war Steinmeier als Außenminister beteiligt. Als erste „Fellows“ kommen jetzt unter anderen der Schauspieler Burghart Klaußner und die Soziologin Jutta Allmendinger nach Los Angeles.

Bei der feierlichen Eröffnung am 18. Juni war auch Frido Mann (77), ein Enkel des Dichters, zugegen. Er führte Steinmeier und dessen Frau Elke Büdenbender durch das Haus, in dem der Dichter zwischen 1942 und 1952 gelebt hatte. 1944 wurde Thomas Mann amerikanischer Staatsbürger. Die Enttäuschung über die US-Politik nach Kriegsende und die Kampagne des erzkonservativen Senators Joseph McCarthy gegen vermeintlich kommunistische Umtriebe ließen ihn aber in die Schweiz zurückkehren, wo er 1955 starb.

Haus soll kulturellen Austausch mit den USA fördern

Das Haus der Familie Mann war in den 1940er Jahren Treffpunkt Intellektueller wie Theodor Adorno, Albert Einstein oder Lion Feuchtwanger. Neben Werken wie dem Schlussband der Joseph-Tetralogie und „Doktor Faustus“ entstanden in Pacific Palisades auch zahlreiche Rundfunkbeiträge für die BBC, in denen Thomas Mann die deutschen Hörer gegen die Nazi-Diktatur und für eine antifaschistische Kultur mobilisieren wollte.

Außenminister Heiko Maas (SPD) erklärte in einer Mitteilung am 19. Juni, das Thomas-Mann-Haus solle „in Zeiten, in denen uns manches über den Atlantik hinweg trennt“, zu einem Ort des kulturellen und gesellschaftlichen Austauschs werden. „Die USA sind unser wichtigster Partner außerhalb Europas. Nur gemeinsam können wir die Lösung globaler Probleme angehen“, sagte Maas. „Deshalb ist ein intensiver Dialog zu den uns bewegenden Themen so wichtig, gerade auch jenseits der klassischen Diplomatie.“

Es ist die erste Reise Steinmeiers als Bundespräsident in die USA. Ein Treffen mit US-Präsident Donald Trump gab es nicht.

Thomas Lanig (Los Angeles)

Internet:

- Thomas Mann House in Los Angeles <http://dpaq.de/aYhAQ>

Ägyptisches Museum zieht an die Pyramiden

Kairo (dpa) – Der Ausblick von der wichtigsten Baustelle Ägyptens könnte schlechter sein. Über der vor Hitze flirrenden Sahara erhebt sich das Weltwunder Stufe für Stufe. Die Seiten der mächtigen Cheops-Pyramide laufen zu einer Spitze zusammen, die schon mehr als 4500 Jahre über der Wüste, dem Nil und seit einigen Jahrzehnten über dem Kairoer Moloch thront.

Zwei Kilometer entfernt rennen unzählige Menschen in gelben Westen durcheinander, um ein neues Wunder fertig zu bekommen. Das Piepen rückwärtsfahrender Laster schrillt über die halbfertige Anlage, auf der das Große Ägyptische Museum gebaut wird. Hier sollen bald einige der größten Kulturschätze der Menschheit ausgestellt werden.

Noch dieses Jahr – so zumindest der offizielle Plan – sollen die Galerien mit den Schätzen aus der Grabkammer von Pharao Tutanchamun sowie eine riesige Treppe voller antiker Statuen eröffnen.

Das scheint ambitioniert: An der Betonfassade türmen sich Sandhaufen, die den Blick auf Rohre und Kabel im tiefen Erdreich eröffnen. Überall lehnen Baugerüste, das Gebäude ist teilweise eher Stahlgerippe. Im gewaltigen Atrium steht zwar schon Ramses II. Doch statt der gigantischen Treppe in die Galerien überblickt der Elf-Meter-Koloss nur eine unfertige Konstruktion.

Geplante Teileröffnung noch in diesem Jahr fraglich

Hat da jemand was von einer Eröffnung 2018 gesagt? „Die Arbeiten an dem Museum gehen nach Plan. Es sollte machbar sein“, meint Museumsdirektor Tarik Taufik, klingt dabei aber selbst zögerlich. Wenn es dieses Jahr nicht mehr klappt mit der Eröffnung des ersten Teils, dann halt zu Beginn des nächsten Jahres, sagt er. Bis 2022 soll dann das Große Ägyptische Museum komplett fertig sein.

Doch am Ende soll sich das Warten lohnen. Erstmals in der Geschichte werden die sensationellen Schätze genug Platz haben. Bis jetzt verstauben sie – mangelhaft erklärt – im Ägyptischen Museum im Zentrum Kairos. Die-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - KULTURPOLITIK

se Indiana-Jones-Dachboden-Romantik soll durch eine moderne Ausstellung abgelöst werden.

Jedes Exponat – von kleinen Grabbeigaben bis zum Granitkoloss – soll in seinen umfassenden historischen Kontext eingebunden werden. Das gilt auch für das Herzstück des Großen Ägyptischen Museums, der Ausstellung um Kindskönig Tutanchamun, dessen Grabkammer 1922 von Howard Carter in Luxor entdeckt wurde: „Wir wollen den Menschen hinter der goldenen Maske vorstellen“, erklärt Taufik.

Der Museumsdirektor stützt sich dabei auf deutsche Hilfe. Das Stuttgarter Atelier Brückner hat die Ausstellung zum Pharao entworfen. Geschäftsführerin Shirin Frangoul-Brückner sagt, es gehe bei ihrem Konzept darum, nicht nur Artefakte, sondern auch Inhalte endlich zugänglich zu machen. Dafür haben die deutschen Planer beste Voraussetzungen: „Wir haben Ausstellungsgalerien, die enorm groß sind. Also Flugzeughangar-groß“, so Frangoul-Brückner.

Riesige Säle ermöglichen erstmals Präsentation aller Museumsstücke

So misst einer der Säle für die Grabbeigaben Tutanchamuns 230 Meter. Diese Ausmaße braucht es aber auch: Wenn alle Hallen komplett eröffnet sind, sollen sie 50 000 Artefakte in der ständigen Ausstellung beherbergen. Mehr als die Hälfte davon wurde nach Angaben von Direktor Taufik noch nie gezeigt. Bis zu 15 000 Menschen sollen, multimedial unterstützt, den Pharao ins Leben nach dem Tod begleiten, während über ihren Köpfen die Lichtskulptur „Path of the sun“ (Der Pfad der Sonne) schwebt.

Unter den Füßen von Osama al-Cheir hat der Wüstensand den Teppichboden derweil bräunlich-gelb gefärbt. Er ist der Generaldirektor des angeschlossenen Conservation Centers, in dem die Ausstellungsstücke katalogisiert und hergerichtet werden. Al-Cheir ist auch an einer der wohl gefährlichsten Aufgaben des gesamten Projekts beteiligt: am Transport der Kulturschätze ins neue Haus.

„Die Schwierigkeit für den Transfer sind die instabilen Straßen. Das kann ein Problem für die schweren Artefakte sein“, sagt Al-Cheir. Sie müssen schließlich vorbei am weltberühmten Tahrir-Platz, über den Nil, durch die immer verstopften smoggrauen Häuserschluchten und die Schlagloch-Straßen von Giseh bis in die großen Hallen des Museums am Rande der Megastadt. Doch bisher ist noch alles heil angekommen.

Benno Schwinghammer (Kairo)

Internet:

- Offizielle Internetseite <http://dpaq.de/tAG0c>
- Atelier Brückner zum Grand Egyptian Museum <http://dpaq.de/YnFq7>

Millionen von Saudischer Stiftung für Pergamonmuseum

Berlin (dpa) – Die saudi-arabische Stiftung Alwaleed Philanthropies unterstützt in den kommenden zehn Jahren das Berliner Pergamonmuseum mit insgesamt neun Millionen Euro. Das Geld soll dem dort untergebrachten Museum für Islamische Kunst und der kulturellen Bildung zugutekommen. Stiftungsdirektorin Lamia Bint Majed Saud AlSaud sagte am 21. Juni in Berlin, man wolle die kulturelle Verständigung und die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern fördern.

Der Direktor des Museums für Islamische Kunst, Stefan Weber, begrüßte die Partnerschaft. „Die Alwaleed Stiftung hat sich jenseits der politisch schwierigen und wechselhaften Lage im Nahen Osten kulturelle und karitative Ziele auf die Fahnen geschrieben – und wird auch in Zukunft diese Arbeit fortsetzen“, sagte er. Gerade in einer Welt wachsender populistischer und extremistischer Strömungen seien solche Partnerschaften besonders wichtig.

Die Stiftung wurde von dem saudischen Geschäftsmann al-Walid Ibn Talal in Riad ins Leben gerufen und unterstützt soziale und kulturelle Projekte in aller Welt.

Sanierung Bonner Beethovenhalle wird teurer

Bonn (dpa) – Die Sanierung der Beethovenhalle in Bonn wird wahrscheinlich nochmals teurer. Die aktuelle Kostenprognose belaufe sich auf rund 84 Millionen Euro, teilte die Stadt am 19. Juni mit. In einer Hochrechnung aus dem Februar hatte man rund 79 Millionen Euro veranschlagt. Gründe seien Kostensteigerungen bei der Sanierung der Lüftungsschächte, der Restaurierung der historischen Türen und bei zusätzlichen Rohbauarbeiten.

Der Umbau der 1959 eröffneten Konzerthalle soll das Gebäude als Spielstätte für Konzerte und als Multifunktionshalle erhalten. Die Akustik soll verbessert werden und das Beethovenorchester einen Probensaal erhalten. Als problematisch erweisen sich aber der Baugrund und die Statik.

Die Inbetriebnahme ist für die zweite Jahreshälfte 2020 geplant. Der Neubau eines Festspielhauses zu Beethovens 250. Geburtstag in diesem Jahr war 2015 abgesagt worden, nachdem die Beteiligten sich nicht einigen konnten.

Internet:

- Beethovenhalle <http://dpaq.de/S1BR3>
- Beethoven Jubiläumsjahr 2020 <http://dpaq.de/Wlt8v>

- Mitteilung Stadt vom 28. Februar <http://dpaq.de/eVCOX>
- Mitteilung Stadt vom 19. Juni <http://dpaq.de/yLy1j>

Generalmusikdirektor Kirill Karabits verlässt Weimar 2019

Weimar (dpa) – Der Generalmusikdirektor und Chefdirigent der Staatskapelle Weimar, Kirill Karabits, wird nach Ende der Spielzeit 2018/2019 das Deutsche Nationaltheater verlassen. Nach umfassenden Verhandlungen sei die von beiden Seiten angestrebte Verlängerung seines Vertrages leider nicht erreicht worden, teilte das Theater am 18. Juni in Weimar mit.

Den umfangreichen Aufgaben würden Karabits internationale Verpflichtungen und die Fortsetzung seiner langjährigen Leitung des Bournemouth Symphony Orchestra (Großbritannien) entgegen stehen. Perspektivisch werde eine Weiterführung seines Wirkens als Dirigent in Weimar angestrebt, hieß es. Der Ukrainer Karabits leitet das Traditionsorchester seit der Saison 2016/2017.

Karabits habe seitdem in Konzerten, Opern-Produktionen sowie zwei CD-Einspielungen mit der Staatskapelle Weimar neue musikalische Maßstäbe für das Orchester und das Musiktheater gesetzt, erklärte das Theater. Er habe damit auch überregional für eine gesteigerte Aufmerksamkeit gesorgt. Erst im Frühjahr hatte das Orchester unter seiner Leitung eine vierwöchige Tournee in den USA absolviert.

„Ich bedaure sehr, dass es uns nicht gelungen ist, die komplexen Aufgabenfelder von Kirill Karabits mit den Anforderungen unserer Staatskapelle und unseres Musiktheaters in Einklang zu bringen, weil ich die Qualität seiner künstlerischen Arbeit aufs Höchste schätze“, sagte Generalintendant Hasko Weber.

Nun gelte es nach vorn zu schauen und gemeinsam die kommende Saison 2018/19 ins Auge zu fassen. Sowohl bei den Konzerten als im Musiktheater werde Karabits dirigieren. Darunter ist die konzertante Uraufführung von Franz Liszts Opernfragment „Sardanapalo“ im 1. Sinfoniekonzert im August.

BERUF UND WEITERBILDUNG

Bayern will mehr als 40 Millionen Euro in Weiterbildung investieren

München (dpa) – Bayern will in den kommenden drei Jahren mehr als 40 Millionen Euro in die Weiterbildung von Arbeitnehmern investieren. Eine entsprechende Vereinbarung hat Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am 19. Juni in München gemeinsam mit Vertretern der bayerischen Wirtschaft, der Handwerks- und Handelskammern, des Gewerkschaftsbundes und der Bundesagentur für Arbeit unterzeichnet. Teil des sogenannten Paktes für berufliche Weiterbildung 4.0 sind Bildungsschecks für Mitarbeiter in kleinen und mittelständischen Unternehmen, der Einsatz von Weiterbildungsinitiatoren und digitaler Bildungsberater in den Regierungsbezirken sowie eine engere Vernetzung zwischen Forschung und Wirtschaft.

Regelmäßige Weiterbildung sei in Zeiten der Digitalisierung wichtig, sagte Söder bei der Vorstellung des Pakts in München. „Bevor wir versuchen, Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen, sollten wir alles mobilisieren, um hier welche zu bekommen“, sagte der CSU-Politiker. Die „große Nachfrage nach Fachkräften“ sei ein Problem und man müsse „vorhandene Potenziale nutzen“, bekräftigte auch Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag.

Internet:

- Pressemitteilung Staatskanzlei <http://dpaq.de/4113A>

Referendariat für angehende NRW-Lehrer künftig auch in Teilzeit

Düsseldorf (dpa) – Angehende Lehrer können in NRW ihr Referendariat bald auch in Teilzeit machen. „Auf lange Sicht kann diese Möglichkeit auch einen Beitrag zur Verringerung des Lehrermangels leisten“, teilte NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP) am 20. Juni mit. Ab November dieses Jahres können Referendare demnach ihre Arbeitszeit auf 75 Prozent reduzieren. Dafür verlängert sich die Ausbildung von derzeit 18 auf 24 Monate. Rund 100 Bewerber hätten sich für den Starttermin auf diese Form des Referendariats beworben, hieß es.

Bei diesem neuen Modell sei weiterhin ein Tag pro Woche im Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung vorgesehen. Reduziert werden dafür die Stunden, die die angehenden Lehrkräfte in der Schule verbringen. In-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - BERUF UND WEITERBILDUNG

samt haben sich für den Ausbildungszeitraum ab November für alle Lehrämter in NRW rund 5000 Lehramtsstudenten beworben.

Die Bildungsgewerkschaft GEW begrüßte die Ankündigung des Ministeriums. „Unsere Kampagne für das Teilzeitreferendariat hat offenbar erste Früchte getragen“, teilte sie mit. Es seien dort viele Fragen von jungen Menschen eingegangen, die sich diesen Weg wünschten.

Aktionsprogramm für Fachkräfte im Saarland

Saarbrücken (dpa) – Mit einem neuen Programm vor allem für geringer qualifizierte und ältere Menschen will das Saarland den Fachkräftemangel bekämpfen. Dazu ziehen alle Wirtschaftskammern, Gewerkschaften, Unternehmensverbände und Arbeitsagenturen in einem „Zukunftsbündnis“ an einem Strang. „Unser Ziel ist einfach zu beschreiben: Wir wollen keine Digitalisierungsverlierer“, sagte Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) am 19. Juni in Saarbrücken. Fachkräftemangel sei eines der größten Risiken für das Wachstum im Saarland.

Zu den Angeboten zählen Programme zur Motivation von Beschäftigten, die Beratung von Betrieben über Beschäftigungsmöglichkeiten von Älteren oder Weiterbildungsmaßnahmen, mit denen ein Berufsabschluss nachgeholt werden kann.

Pilotprojekt für grenzüberschreitende Ausbildung wird dauerhaft

Saarbrücken (dpa) – Ein Pilotprojekt zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung zwischen dem Saarland und einer französischen Region geht in ein dauerhaftes Angebot über. Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) und die Vizepräsidentin des Regionalrates Grand Est, Nicole Muller-Becker, ehrten am 20. Juni in der Staatskanzlei in Saarbrücken die ersten Absolventen, die Ausbildungsbetriebe und die Berufsbildungszentren. Sie hätten maßgeblich zum Gelingen des Ausbildungsprojekts beigetragen. Es war vor vier Jahren gestartet worden.

Das Modell zeigt laut Hans, dass es mit Visionen, mit Mut und Zuversicht gelingen könne, zwei unterschiedliche Systeme wie die berufliche Bildung in Deutschland und Frankreich miteinander in Einklang zu bringen. Laut Muller-Becker können ihre Berufsausbildung im Nachbarland absolvieren, ihren beruflichen Horizont erweitern, ihrem Werdegang eine besondere Note verleihen und dabei auch noch ihre Sprachkenntnisse verfeinern. „Das ist ein wirkliches Gütesiegel für die Integration in den Arbeitsmarkt.“

FORSCHUNGSPOLITIK

Himmliches Hochbeet: Tomaten sollen in Satelliten wachsen

Bremen (dpa) – Diese Tomaten wird nie jemand essen. Trotzdem werden Wissenschaftler ganz genau darüber wachen. 16 Kameras werden ihr Gedeihen rund um die Uhr aufzeichnen. Jens Hauslage dämpft gleich die Erwartungen: „Es ist schon ein Erfolg, wenn sie keimen und ein bisschen wachsen. Eine Frucht wäre perfekt“, sagt der Kölner Gravitationsbiologe. Bald werden die Pflanzen zu ihrer Mission unter Extrembedingungen aufbrechen – so, als würden sie auf Mond oder Mars wachsen.

Noch haben die Tomatensamen kein Wasser gesehen. „Die befinden sich im Schlafmodus“, sagt Hartmut Müller vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Bremen, der das Projekt zusammen mit seinem Kölner Kollegen Hauslage leitet. Ein Forschungssatellit soll sie im Sommer ins All bringen. In 600 Kilometern Höhe wird das fliegende Gewächshaus um die Erde kreisen und dabei die Gravitation auf Mond und Mars simulieren.

Im Reinraum am Bremer DLR gilt eine strenge Kleiderordnung. Nur wer Haarnetz, Kittel, Handschuhe und Überzieher über den Schuhen trägt, darf eintreten. Staub, Haare und Hautpartikel könnten der sensiblen Technik schaden. Mit viel Fingerspitzengefühl heben zwei Ingenieure ein filigranes Netz hoch, tragen es zum nächsten Arbeitstisch und setzen es auf den Drucktank, in dem später die Tomaten sprießen sollen. Es soll das empfindliche Gebilde aus Kohlefasern vor winzigen Weltraumschrott-Splittern schützen.

Neue Wege: Rotation wird genutzt, um Gravitation zu erzeugen

„Kohlefasern wurden für Satelliten dieser Art noch nicht benutzt“, sagt Müller. Sie sind deutlich leichter als Titan oder Aluminium, aber nicht so robust. Mit dem Forschungssatelliten „Eu:CROPIS“ geht das DLR neue Wege – gleich in mehrfacher Hinsicht. „Es ist das erste Raumfahrzeug, das die Rotation nutzt, um Gravitation zu erzeugen“, sagt Müller. Dafür verwendet der Satellit das Magnetfeld der Erde, von dem er sich mit Hilfe einer elektromagnetischen Spule abstößt. Deshalb kommt er ohne herkömmlichen Antrieb aus.

Ein halbes Jahr lang soll sich der Satellit 20 Mal in der Minute um die eigene Achse drehen, um Gravitation wie auf dem Mond entstehen zu lassen. Danach dreht er sich sechs Monate lang 32 Mal in der Minute für die Mars-Simulation. Welche Auswirkungen das auf das kleine Ökosystem im Inneren des Satelliten hat, werden Hauslage und seine Kollegen mit Spannung

beobachten. „Die Schwerkraft ist das einzig Konstante, was das Leben auf der Erde über die Zeit erlebt hat“, sagt der Biologe. „Alles verändert sich, wenn sie sich verändert.“

Dabei ist gar nicht die Frage: Können Tomaten im All wachsen? Dass Pflanzen das auch ohne und unter weniger Schwerkraft können, haben bereits Experimente in der Vergangenheit bewiesen. So ließen Botaniker der Universität Hannover vor zehn Jahren auf der Internationalen Raumstation (ISS) Acker-Schmalwand keimen, um den Einfluss der Schwerkraft auf die Wurzelbildung zu beobachten. Dabei ging es vor allem um Grundlagenforschung.

Heute können Astronauten auf der ISS schon mal ein frisches Salatblättchen knabbern: Die US-Raumfahrtagentur Nasa hat ein Anbau-System entwickelt, in dem 2016 auch eine orangefarbene Zinnie erblühte. Die Blume konnte die ISS-Besatzung zwar nicht essen, doch sie könnte als Vorläufer für Tomaten dienen, hieß es von der Nasa. Auch Tomatenpflanzen müssen blühen, bevor sie Früchte tragen.

An dem DLR-Projekt ist auch der Erlanger Biologe Michael Lebert beteiligt. Ob die deutschen Tomaten die ersten im Weltraum sein werden, kann er nicht sagen. „Die Chinesen und die Russen haben schon viele Experimente zur Pflanzenzucht gemacht, aber wenig publiziert.“ Für Lebert und die DLR-Forscher hat das auch wenig Bedeutung. Ihnen geht es darum, das System zu testen. „Die Tomaten sind letztlich darin, um zu zeigen, dass es funktioniert“, so Hauslage.

Wasser, Luft und Nährstoffe müssen immer wieder recycelt werden

Um Pflanzen auf Mond oder Mars anbauen zu können, braucht es einen geschlossenen Kreislauf: Wasser, Luft und Nährstoffe müssen immer wieder recycelt werden. Denn es wäre zu aufwendig und zu teuer, ständig Nachschub von der Erde zum Mond zu fliegen – zum Mars wäre es kaum möglich. „Das ist Basistechnologie für Langzeitmissionen“, sagt Müller.

Im Inneren des Satelliten wachsen die zwölf Tomatenpflanzen auf künstlichem Substrat. Über einen Filter wird mit Hilfe von Bakterien eine Düngelösung aus Urin gewonnen – in diesem Fall künstlicher, in Raumstationen käme er von den Astronauten. Unterstützung bekommen die Bakterien von Augentierchen, beweglichen Einzellern, die Sauerstoff für die Bakterien und die keimenden Tomaten produzieren. „Wir haben zwei gekoppelte Lebenserhaltungssysteme“, sagt Lebert. „Das ist wie auf der Erde: Monokulturen sind keine gute Idee.“ Eineinhalb Jahre soll der Test mit den Tomatenpflanzen dauern.

Irena Güttel (Bremen)

Internet:

- Infos zum Projekt „Eu:CROPIS“ <http://dpaq.de/Z6fJK>
- Anbau-System „Veggie“ der Nasa <http://dpaq.de/yRjb7>

Japanische Sonde nähert sich Asteroiden – Deutsches Landegerät dabei

Tokio (dpa) – Die Spannung steigt. Rund 300 Millionen Kilometer von unserer Erde entfernt nähert sich ein schuhkartongroßes Landegerät namens „Mascot“ an Bord eines japanischen Raumschiffs seinem Ziel: dem Asteroiden Ryugu. Seit vier Jahren reist „Mascot“, entwickelt vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und der französischen Raumfahrtagentur CNES, mit der japanischen Raumsonde „Hayabusa2“ durch die Tiefen des Weltalls. In wenigen Tagen dürften die beiden Ryugu endlich erreichen.

Die Forscher wollen mit der Mission den Ursprüngen unseres Sonnensystems auf die Spur kommen. Asteroiden wie Ryugu, der nach einem unter Wasser liegenden Schloss aus der japanischen Mythologie benannt wurde, sind Gesteinsbrocken, die um die Sonne kreisen. Sie gelten als Überreste aus der Frühzeit unseres Sonnensystems. Japans Raumfahrtagentur Jaxa rechnet damit, dass das eigene Raumschiff um den 27. Juni herum sein Ziel erreichen wird. Zunächst soll „Hayabusa2“ den Asteroiden, den der deutsche DLR-Planetenforscher Ralf Jaumann als „schön primitives Objekt“ bezeichnet, vermessen.

Später soll sich die Sonde dem Himmelskörper so sehr nähern, dass sie im dichten Überflug Material von seiner Oberfläche einsaugen und im Jahr 2020 zur Erde bringen kann. Der Lander „Mascot“ (Mobile Asteroid Surface Scout) wird dagegen aus einer Höhe von 100 Metern im freien Fall auf den Asteroiden herabsinken und dort bleiben. Überwacht und betrieben wird das zehn Kilogramm schwere Gerät mit seinen vier Instrumenten vom „Mascot Control Center“ des DLR in Köln. „Wir untersuchen mit der Mission ursprüngliches Material aus dem solaren Nebel, mehr als 4,5 Milliarden Jahre alt und kaum verändert“, erklärt Planetenforscher Jaumann in einem Blogbeitrag des Raumfahrtzentrums.

„Die größten Herausforderungen werden die Trennung von der Muttersonde und die anschließende Landung sein“, sagte DLR-Projektleiterin Tra-Mi Ho zum Start der Mission am 3. Dezember 2014. Der Asteroid, der anfangs „1999 JU3“ genannt wurde, hat einen Durchmesser von nur etwa 900 Metern und lediglich etwa ein 60 000stel der Erdanziehungskraft. Ein Tag dauert etwa 7,6 Stunden. Gemessen wurden diese Werte allerdings von

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

der Erde aus – wie groß mögliche Fehlerabweichungen zur Realität sind, wird das Mascot-Team ganz genau erst nach Ankunft in der Umlaufbahn von Ryugu erfahren, so das DRL.

Ryugu ist besonders kohlenstoffhaltig und gehört damit zu einer häufig vorkommenden Klasse von erdnahen Asteroiden. Teleskopmessungen ließen vermuten, dass er Wasser enthält. Es besteht die Möglichkeit, dass Asteroiden einst mit Einschlägen auf der Erde auch Wasser zu unserem Planeten gebracht haben könnten. Ryugu ist zudem ein erdbahnkreuzender Asteroid. Auch wenn er selbst der Erde wohl nie gefährlich werde, wäre es für zukünftige Abwehrmissionen hilfreich, wenn man mehr über diese Art der Asteroiden erfahren würde, heißt es.

Mit Hilfe seiner Sensoren wird sich „Mascot“ auf Ryugu orientieren. Mit einem eingebauten Schwungarm kann er bis zu 70 Meter weit hüpfen und so erstmals an verschiedenen Orten auf einem Asteroiden Messungen vornehmen. Die vier Instrumente im Inneren des 30 mal 30 mal 20 Zentimeter großen Landers sollen unter anderem die mineralogische und geologische Zusammensetzung der Asteroidenoberfläche samt Temperatur untersuchen sowie das Magnetfeld ermitteln. Wenn alles glatt verläuft, werden die Forscher insgesamt bis zu 16 Stunden lang Daten erhalten. Zugleich wird „Mascot“ als Späher erkunden, wo die Sonde Material einsammeln soll.

Japan will sich technologische Führerschaft sichern

Ist die von der französischen Raumfahrtagentur CNES beigesteuerte Batterie des Landers erschöpft, dann ist die Mission des deutschen Geräts beendet. Die japanische Muttersonde dagegen wird zurück zur Erde fliegen und soll dort Ende 2020 über einer Wüste in Australien eine Kapsel mit den eingesammelten Proben des Asteroiden abwerfen.

Bereits 2010 hatte die Raumsonde „Hayabusa“ (japanisch für Falke), Vorgängerin der „Hayabusa2“, weltweit erstmals Bodenproben eines Asteroiden zur Erde gebracht. Die japanischen Mitarbeiter des Projekts wurden in ihrer Heimat besonders gefeiert. Denn es ging nicht nur um die Proben, sondern auch um die eingebauten Technologien. Die Sonde sollte als Pionier den Weg für weitere Missionen wie die zu Ryugu ebnen – und Japan die technologische Führerschaft sichern.

Lars Nicolaysen (Tokio)

Internet:

- DLR zum Projekt Mascot <http://dpaq.de/QTk31>
- Informationen der japanischen Raumfahrtagentur Jaxa zur Mission <http://dpaq.de/zCBTq>

Dresden als „Polarisierungslabor“

Dresden (dpa) – Wissenschaftler der Technischen Universität (TU) Dresden untersuchen die Rolle von Kunst und Kultur in kontroversen gesellschaftlichen Debatten. Die Stadt stehe vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die fremdenfeindliche Pegida-Bewegung als „Polarisierungslabor“ im Fokus der Analyse, sagte Kunst- und Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) am 20. Juni. „Sie ist Seismograph für eine Stimmung, die wir im ganzen Land spüren.“ Das einjährige Forschungsprojekt wird mit rund 101 000 Euro aus dem Landeshaushalt gefördert.

Das TU-Zentrum für Integrationsstudien untersucht, wie Polarisierung funktioniert, ob Kunst- und Kultureinrichtungen Räume des Dialogs seien, Medien der Verständigung schaffen und in gesellschaftlichen Konflikten vermitteln können oder zur Verschärfung beitragen, wie Projektleiterin Heike Greschke erläuterte. Dazu werde etwa in Kooperation mit dem Deutschen Hygiene-Museum die Vermittlungspraxis am Beispiel der Ausstellung „Rassismus“ analysiert.

Kultur spiegele die gesellschaftliche Auseinandersetzung wider, „ohne sie wäre manches nicht in Diskussion gekommen“, sagte Greschke. Es gehe darum, Polarisierung zu verstehen, die nach außen hin Abgrenzung und nach innen Loyalität und Zusammenhalt schaffe.

Thüringen untersucht Nachwirkungen der DDR

Erfurt (dpa) – Erfahrungen von Menschen aus den letzten beiden DDR-Jahrzehnten und den ersten beiden nach der Wende sind Gegenstand eines Thüringer Forschungsprojekts, das der Bund mit vier Millionen Euro fördert. Ausgangspunkt sei die Annahme, dass auch die Umbrüche der Nachwendezeit die Erinnerung an die DDR prägen, teilte die Stiftung Ettersberg am 20. Juni mit. Neben der Stiftung beteiligen sich die Universitäten in Jena und Erfurt sowie die Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora an dem Projekt.

Auch die Geschichte der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in der Erfurter Andreasstraße soll weiter aufgearbeitet und im Internet veröffentlicht werden, wie die Stiftung Ettersberg ankündigte. Das Bundesforschungsministerium fördert insgesamt 14 Forschungsverbände mit bis zu 40 Millionen Euro. Die Projekte sollen vom Herbst an starten. Insgesamt wird das Ministerium 32 Hochschulen unterstützen.

HOCHSCHULE

Prüfungsunfähig? – Massenabbruch einer Klausur wirft Fragen auf

Stuttgart (dpa) – 23. Mai 2018, 13.30 Uhr in der Stuttgarter Universität Hohenheim: Eine Klausur im Fach Finanzwissenschaften startet mit der Belehrung der rund 200 Teilnehmer durch die Aufsicht. „Wer die Prüfung jetzt beginnt, erklärt sich dadurch prüfungsfähig.“ Die Prüfung fängt an, aber peu à peu packen Studierende ihre sieben Sachen und verlassen die einstündige Prüfung. Am Ende sind es 48 angehende Wirtschaftswissenschaftler, die die Klausur ungeachtet der anfänglichen Ermahnung abbrechen und Atteste für vermeintliche Erkrankungen vorlegen. Sie stammen alle vom selben Arzt, der in Studentenkreisen als „Doc Holiday“ bekannt ist. Er stellt nur zwei Diagnosen: Kopfschmerzen in Kombination mit Sehstörungen und Übelkeit und Erbrechen.

Normalerweise verzeichne die Uni ein oder zwei Prüfungsabbrecher pro Klausur, sagt Uni-Sprecher Florian Klebs. Ein „völliges Novum“ sei der Prüfungsabbruch durch etwa ein Viertel der Klausurteilnehmer. Dass wirklich Erkrankungen dahinter stecken, hält die Uni für wenig glaubwürdig und forderte Stellungnahmen von den Abbrechern. Doch diese überzeugten in den meisten Fällen nicht.

Prüfungsängste sind ein Grund –

Aber was trieb die Studenten dazu, in der laufenden Klausur das Weite zu suchen? Prüfungsangst könne dahinter stecken, meint Klebs. War die Furcht vor dem Scheitern größer als der Wunsch, die Arbeit endlich hinter sich zu bringen? Für den Studierendenberater des Heidelberger Studierendenwerkes, Volker Kreß, wäre dies nicht abwegig. Denn Jahr für Jahr steigen bei ihm die Beratungen wegen Prüfungsangst. Der Psychologe registriert, dass Angst längst kein Tabu mehr für Studenten ist: „Die Sensibilität gegenüber diesem Thema hat unter den Studierenden zugenommen, sie suchen sich früher Hilfe, und psychische Belastungen können offener thematisiert werden als noch vor 20 Jahren.“

Nach Erkenntnissen der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz ist die „gefühlte Belastung aufgrund angeblich überzogener Leistungsanforderungen“ an den Universitäten seit Beginn des Jahrtausends stark gestiegen. Nach der jüngsten Erhebung der Forscher kennt etwa die Hälfte der Studenten (Stand Wintersemester 2015/16) Prüfungsangst. An Universitäten bezeichnen demnach 26 Prozent die Aussage „vor Prüfungen habe ich meistens Angst“ als voll und ganz zutreffend. An Fachschulen sind es 23 Prozent. Für 29 (Uni) beziehungsweise 23 Prozent (FH) gilt die

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - HOCHSCHULE

Aussage eher. An Universitäten haben 42 Prozent der Studierenden bereits einen Blackout während einer Prüfungssituation erlebt, an Fachhochschulen 44 Prozent.

Die Forscher machen die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge für die Ängste der Studenten mitverantwortlich. Es werde mehr geprüft. Durch bevorstehende Tests fühlten sich 78 Prozent der Studenten an Universitäten belastet, 36 Prozent sehr stark. Gerade in den Wirtschaftswissenschaften empfanden Studenten die zahlreichen Prüfungstermine als problematisch.

Doch Stress ist aus Sicht der Uni Hohenheim kein Grund für den Rücktritt von einer Prüfung. Nur Krankheitssymptome, die spontan während der Prüfung auftreten wie etwa ein Anfall von Brechdurchfall, seien als Gründe für einen Abbruch einer Klausur möglich. „Symptome, die durch Nervosität und Prüfungsangst hervorgerufen wurden, sind ausdrücklich keine zulässigen Gründe“, betont die Universität.

Die Studenten, die – trotz möglicher Ängste – in Hohenheim bei der Stange blieben, haben jetzt einen Vorteil. Nachdem es Beschwerden wegen des Lärms der Prüfungsabbrecher gab, dürfen die Verbliebenen die Prüfung wiederholen – allerdings ohne Kenntnis ihrer Note in der bereits abgelegten Klausur. Hans-Peter Burghof, Inhaber des Lehrstuhls für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen, will die Störung der Konzentration der Verbliebenen bei der Bewertung ihrer Klausuren berücksichtigen.

Ärzterschaft empfiehlt Aufklärung von Prüfungsabbrüchen an Uni

Die Häufung von Attesten mit ähnlichen Diagnosen für Prüfungsabbrecher an der Universität Hohenheim muss aus Sicht der Ärzteschaft aufgearbeitet werden. Die Universität müsse die Bezirksärztekammer Nordwürttemberg anrufen, damit sich deren Rechtskommission des Falls annehmen kann, sagte der Vorsitzende der Stuttgarter Ärzteschaft Markus Klett am 19. Juni. Die Uni ließ wissen, bei ihr stehe im Zentrum die Abwicklung der Prüfung im Fach Finanzwissenschaften im Mai. Der Wunsch der Ärzte habe sie überdies noch nicht erreicht, sagte Sprecher Florian Klebs.

Julia Giertz (Stuttgart)

Internet:

- Studierendensurvey <http://dpaq.de/bsGBM>

Hamburg hilft UKE mit 56 Millionen Euro

Hamburg (dpa) – Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) ist 2017 in die roten Zahlen gerutscht, darum will die Stadt nun helfen. Geplant

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - HOCHSCHULE

sei ab 2019 ein jährlicher Zuschuss von 56 Millionen Euro für Betrieb und Investitionen, sagte Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) am 20. Juni. Das Defizit des UKE belief sich im vergangenen Jahr auf 7,2 Millionen Euro, bei einem Umsatz vor rund einer Milliarde Euro.

20 Millionen Euro der städtischen Hilfe sind für Investitionen bestimmt, 36 Millionen für den Betrieb, also Forschung und Lehre. Der Betriebsmittelzuschuss soll im Jahr 2021 auf 41,5 Millionen Euro steigen, im folgenden Jahr auf 39 Millionen sinken und 2023 – dem letzten Jahr der Planung – wieder bei 36 Millionen Euro liegen. Insgesamt will die Stadt also 288,5 Millionen Euro über fünf Jahre zuschießen.

Mit dem Geld soll zum einen die Ausstattung des Medizin- und Zahnmedizinstudiums verbessert werden, zum anderen soll es in die Digitalisierung fließen und die Anschaffung technischer Geräte und Anlagen für die Forschung sowie die Modernisierung von Gebäuden ermöglichen. „Der Senat will die weitere Entwicklung exzellenter Forschung, Lehre und Krankenversorgung im UKE fördern und damit den Gesundheitsstandort Hamburg stärken“, erklärte Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). Die Ausgaben müssen noch von der Bürgerschaft gebilligt werden.

Deutschlandweit seien die Universitätskliniken seit 2011 nach und nach in schweres Fahrwasser geraten, sagte Fegebank. Die vielen Gebäude, Großgeräte, Labore und andere Spitzentechnik ließen sich nicht allein über die Beiträge der Krankenversicherten finanzieren. „Wir wollen das UKE zurück auf Wachstumskurs bringen“, sagte die Senatorin. Sie hob zugleich die Anstrengungen des Klinikums hervor: Es seien im vergangenen Jahr 98,8 Millionen Euro an Drittmitteln für die Forschung eingeworben worden, eine Steigerung von gut 11 Prozent. Die Zahl der behandelten Patienten sei um 9,7 Prozent auf 471 000 gestiegen.

UKE-Chef: Millionen vom Land sind „Befreiungsschlag“

Der Ärztliche Direktor und Vorstandsvorsitzende des UKE, Prof. Burkhard Göke, hält die Hilfe der Stadt für zwingend notwendig und sprach von einem Befreiungsschlag. Bei der großen Last, die das UKE bei Forschung und Lehre sowie der Patientenversorgung zu tragen habe, sei die Hilfe der Stadt angemessen. Das Klinikum und seine Mitarbeiter hätten selbst alle Sparanstrengungen unternommen. „Die 11 000 Menschen hier am UKE haben sich wund gearbeitet“, sagte Göke. Er versicherte zugleich, dass er nicht beabsichtige, Hamburg zu verlassen.

Fegebank betonte, dass die vorgesehene Hilfe nicht die Bauprojekte im Zukunftsplan 2050 betreffe. Für die darin vorgesehenen Vorhaben werde der Senat Einzelfinanzierungen vorschlagen. Bis 2024 sollen ein neues Herzzentrum und ein Forschungscampus errichtet sowie die Martini-Klinik, die

sich auf die Behandlung von Prostata-Krebs spezialisiert hat, neu gebaut werden.

Bernhard Sprengel (Hamburg)

Internet:

- Pressemitteilung <http://dpaq.de/QKJWB>

B-W baut Investitionsstaus bei Unikliniken ab

Stuttgart (dpa) – Baden-Württemberg will mit 400 Millionen Euro in den Abbau des Sanierungsstaus an den Unikliniken einsteigen. Damit sollen Projekte an den Krankenhäusern in Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm geplant und umgesetzt werden. „An unseren Universitätsklinika wird Spitzenmedizin geboten und Spitzenforschung geleistet“, betonte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am 19. Juni in Stuttgart. „Leider sind die Gebäude nicht alle in einem Spitzenzustand.“ Die vier Häuser haben insgesamt zwischen 5500 und 6000 Betten und rund 40 000 Mitarbeiter. Der Investitionsstau wird auf rund drei Milliarden Euro geschätzt.

Die Maßnahmen haben das Wissenschafts- und Finanzministerium gemeinsam mit den Krankenhäusern ausgesucht und nach Wichtigkeit sortiert. Um den Sanierungsstau an den Universitätskliniken komplett abzubauen, werden weitere Investitionen in den kommenden Jahren nötig sein, wie Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) erläuterte. Für die Patienten bedeute dies: Behandlung nach modernsten Konzepten und eine passende Umgebung zum Gesundwerden. Für die Wissenschaft ergebe sich eine optimale Verbindung von Krankenversorgung und Forschung. „Und genau daraus entstehen neue Therapien und die Chance auf künftige Heilung“, erläuterte Bauer.

Weitere 25 Millionen Euro je Uni-Klinik für einen Ersatzneubau

210 der 400 Millionen Euro sind für Erhalt und Instandhaltung vorgesehen, die die Kliniken eigenverantwortlich umsetzen. Hinzu kommen große Sanierungsvorhaben, zu denen auch Ersatzneubauten gehören. Kostenpunkt: 90 Millionen Euro. Je Universitätsklinikum gibt es außerdem 25 Millionen Euro als Planungsrate für ein großes Ersatzneubauprojekt mit langjähriger Laufzeit.

Lob kam vom Leitenden Ärztlichen Direktor der Uniklinik Tübingen, Michael Bamberg. Er sagte, die Gebäude seien bei Brandschutz, Lüftungstechnik und Zuschnitt der Räume nicht mehr zeitgemäß. Die Investitionen brächten erhebliche Verbesserungen für Patienten und Mitarbeiter. Die Kliniken er-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - HOCHSCHULE

halten laut Bamberg jährlich vom Land je 70 bis 80 Millionen Euro. „Das reicht hinten und vorne nicht.“ Mit 20 Millionen Euro mehr im Jahr könnten die Kliniken auf einem modernen Stand gehalten werden.

Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) sprach von einem immensen Sanierungsstau, der jetzt angegangen werde. „Die Arbeiten hinauszuschieben, würde alles teurer machen – das können und wollen wir uns nicht leisten.“

Auch aus Sicht der Gewerkschaft Verdi ist die Finanzspritze ein Schritt in die richtige Richtung. Die Gewerkschafterin und Gesundheitsexpertin Irene Gölz verwies aber darauf, dass allein die Sanierung der Kopfklinik in Heidelberg 200 Millionen Euro verschlinge.

Für die SPD-Fraktion genügt es nicht, Geld für Universitätskliniken bereitzustellen. „Zu einer wahren Sanierungsoffensive im Klinikbereich gehören auch die kommunalen Krankenhäuser“, betonte Fraktionschef Andreas Stoch. Die grün-schwarze Landesregierung müsse dort die Kürzungen rückgängig machen.

Julia Giertz (Stuttgart)

Uni-Medizin Greifswald baut weiter Defizite ab

Greifswald (dpa) – Die Universitätsmedizin Greifswald setzt ihren Konsolidierungskurs fort. Das Defizit sei in den vergangenen zwei Jahren um 9,1 Millionen Euro auf 5,2 Millionen Euro verringert worden, teilte die Einrichtung nach der Erstellung des Jahresabschlusses für 2017 am 22. Juni mit. Der Umsatz des Klinikums mit knapp 2600 Mitarbeitern sei 2017 um 13,2 Millionen Euro auf 328 Millionen Euro gestiegen. Die Universitätsmedizin will ihren Sanierungskurs fortsetzen, um für 2019 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, wie der Vorstandsvorsitzende Max P. Baur sagte.

Das Klinikum ist der einzige Maximalversorger in Vorpommern und verfügt über 1003 Betten. Im vergangenen Jahr wurden an den 21 Fachkliniken rund 35 500 Patienten stationär und knapp 116 000 Patienten ambulant sowie knapp 2000 Patienten teilstationär behandelt. Im Verwaltungsbereich seien 16 Stellen abgebaut worden, während im wissenschaftlichen Bereich 26 neue Stellen durch die Einwerbung von Drittmitteln geschaffen werden konnten.

Offene Stellen gebe es im Bereich der Pflege und der Ärzteschaft. Rund 3,3 Millionen Euro seien durch einen effektiveren Einsatz von medizini-

schem Material eingespart worden. Auch im ambulanten Bereich seien die Erträge gesteigert worden.

Bundesbildungsministerin will Deutschlandstipendien ausbauen

Dresden (dpa) – Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hat sich für einen Ausbau der sogenannten Deutschlandstipendien ausgesprochen. „Ich wünsche mir mehr davon und werbe für eine noch stärkere Unterstützung dieser besonderen gemeinschaftlichen Förderung junger Menschen“, sagte die CDU-Politikerin am 18. Juni auf der Jahresveranstaltung der Stipendiaten in Dresden. Es gehe darum, die vielen talentierten, wissbegierigen und leistungsstarken Studierenden bestmöglich auf ihrem akademischen Weg zu fördern.

Das Stipendium unterstützt Studenten aller Fächer unabhängig vom Einkommen mit 300 Euro im Monat. Die Hälfte tragen davon private Förderer wie Unternehmen, Stiftungen oder Mäzene, die andere Hälfte der Bund. Laut Bildungsministerium konnten seit Beginn des Programmes 2011 rund 140 Millionen Euro an privaten Mitteln mobilisiert werden. 2017 wurden bundesweit 25 900 Studierende gefördert. Es ist das einzige bundesweite Stipendienprogramm, bei dem Hochschulen ihre Stipendiaten selbst auswählen.

Internet:

- Deutschlandstipendium <http://dpaq.de/B6O8H>

Minister: Langzeitstudiengebühren verfehlen ihr Ziel in S-A

Magdeburg (dpa) – Langzeitstudiengebühren in Sachsen-Anhalt haben nach Ansicht des Wissenschaftsministeriums nicht ihr ursprüngliches Ziel erfüllt. „Jedenfalls haben sie erkennbar nicht dazu geführt, den Anteil Langzeitstudierender an unseren Hochschulen nachhaltig zu senken“, sagte Wissenschaftsminister Armin Willingmann (SPD) in Magdeburg. Man müsse nun hinterfragen, ob die Gebühr in der derzeitigen Form überhaupt noch sinnvoll ist. Das Thema beschäftige die Politik in der anstehenden Novelle des Hochschulgesetzes, hieß es. Angaben zur aktuellen Anzahl der Langzeitstudenten und der Höhe der Einnahmen aus den Gebühren konnte das Ministerium nicht machen.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - HOCHSCHULE

Als Langzeitstudenten gelten nach Angaben des Ministeriums Männer und Frauen, die ihre Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreiten. Sie müssen pro Semester 500 Euro extra zahlen. Die Einnahmen stehen per Gesetz den Hochschulen zu.

Gründe für das lange Verweilen an einer Hochschule gebe es viele, sagte die Sprecherin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Manuela Bank-Zillmann. In Gesprächen mit Langzeitstudenten in Halle habe sich gezeigt, dass einige einfach zu spät erkannt hätten, dass ihr Studiengang der falsche für sie war und sie doch noch in ein neues Fach wechseln wollten. Andere mussten ihr Studium selbstständig finanzieren und waren durch ihren Job zeitlich stark eingebunden. Zudem seien einige Studenten längere Zeit krank gewesen oder hätten während des Studiums ein Kind bekommen, sagte Bank-Zillmann.

Von 20 000 Studenten sind mehr als ein Zehntel Langzeitstudenten

Unter den rund 19 950 Studenten der Universität in Halle waren nach eigenen Angaben im Wintersemester 2017/18 zuletzt rund 2800 Langzeitstudenten. Davon waren rund 220 Frauen und Männer sogenannte Härtefälle. Sie waren demnach von den Gebühren befreit, unter anderem wegen einer längeren Krankheit. Hinzu kamen Studenten im Urlaubssemester und Ba-fög-Empfänger.

Wie viele Semester die Langzeitstudenten an einer Universität eingeschrieben bleiben, kann ganz unterschiedlich sein. Der absolute Spitzenreiter an der Universität in Halle sei ein Student, der bereits seit 56 Semestern dabei sei, sagte Bank-Zillmann. Aus rechtlichen Gründen konnten keine genaueren Angaben zu seinen Beweggründen gemacht werden. „Repräsentativ“ sei die hohe Semesterzahl jedoch nicht, so die Sprecherin.

Nach Angaben des Wissenschaftsministeriums müssten in der Debatte um die Langzeitstudiengebühren die Gründe für das Verfehlen ihres ursprünglichen Ziels erforscht werden. Wichtig sei, etwa auch die Studienfinanzierung durch begleitende Jobs zu diskutieren oder das Engagement der Studenten im sozialen Bereich, so Willingmann.

Romina Kempt (Halle)

SCHULE

Inklusionsbündnis fordert bessere Bedingungen an Regelschulen in NRW

Düsseldorf (dpa) – Mehr Lehrer, mehr Fortbildungen und kleinere Klassen: Ein neues Inklusionsbündnis in Nordrhein-Westfalen fordert bessere Bedingungen für den gemeinsamen Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung. Die Landesregierung betreibe bei der Umsetzung der Inklusion derzeit „bloße Mängelverwaltung“, sagte die Landesvorsitzende der Gewerkschaft GEW, Dorothea Schäfer, am 18. Juni in Düsseldorf bei der Präsentation des Zusammenschlusses.

Zum „Bündnis für Inklusive Bildung in Nordrhein-Westfalen“ gehören neben der GEW NRW unter anderem auch der Landesbehindertenrat, die Landeschülervertretung, Sozial- und Elternverbände.

Im Koalitionsvertrag hatte Schwarz-Gelb eine Neuausrichtung bei der Inklusion mit verbindlichen Qualitätsstandards angekündigt. Die Bedingungen in sogenannten Schulen des Gemeinsamen Lernens haben sich aus Sicht der GEW in diesem Schuljahr aber tatsächlich verschlechtert und nicht verbessert, sagte Schäfer. Das Bündnis verlangt einen konkreten Stufenplan für ein inklusives Schulsystem.

Zentrale Forderung ist, Regelschulen in ihren Bemühungen zu unterstützen und gleichzeitig die Zahl der reinen Förderschulen abzubauen. Die zu wenigen Sonderpädagogen seien derzeit vor allem auf Förderschulen verteilt und fehlten an Regelschulen, sagte Schäfer.

Zahl der Förderschüler in Regelschulen fast verdreifacht

An den Regelschulen werden nach Angaben des Statistischen Landesamts aber immer mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet: Im laufenden Schuljahr besuchten 42,2 Prozent von ihnen eine Regelschule. Vor sieben Jahren waren es nur 16,5 Prozent.

Die Opposition begrüßte das neue Bündnis. „Während Förderschulen einen verlässlichen Schlüssel personeller Ressourcen erhalten, müssen die Regelschulen nehmen, was übrig bleibt“, sagte etwa die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Sigrid Beer. „Inklusion ist keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht“, meinte die Vizevorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Eva-Maria Voigt Küppers. Der bereits begonnene Prozess „zu einem wirklich inklusiven Schulsystem“ müsse fortgeführt und verbessert werden.

Das Schulministerium betonte, dass die Neuausrichtung Vorlauf benötige und finanziell gesichert sein müsse. Sie beziehe sich deshalb erst auf das

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - SCHULE

Schuljahr 2019/20. Das kommende Schuljahr gilt als sogenanntes Übergangsjahr, in dem etwa an Grundschulen 600 zusätzliche Stellen für Sozialpädagogen zur Verfügung stehen sollen. Zudem seien die Kapazitäten für das Lehramt Sonderpädagogik an den Universitäten erhöht worden, hieß es. Eckpunkte zur Neuausrichtung der schulischen Inklusion will das Ministerium noch vor der Sommerpause vorlegen.

Antonia Hofmann (Düsseldorf)

Internet:

- PM GEW <http://dpaq.de/r1Djp>

GEW: Inklusion in M-V funktioniert nicht

Schwerin (dpa) – Ein Lehrer, 25 Kinder und fünf davon mit Förderbedarf, der viel Aufmerksamkeit erfordert – die im Jahr 2010 ausgerufene Inklusion an den Schulen funktioniert nach Einschätzung der Lehrgewerkschaft GEW in Mecklenburg-Vorpommern nicht. „Es fehlt nach wie vor eine ausreichende personelle und sächliche Ausstattung“, sagte die GEW-Landesvorsitzende Annett Lindner am 18. Juni in Schwerin. Im Doppelhaushalt 2018/19 sei auch kein Geld ersichtlich, um die Zustände an den Schulen zu verbessern. Lehrer seien oft bis zur Grenze des Möglichen belastet, teilweise überlastet und fühlten sich von ihrem Arbeitgeber oft allein gelassen.

Aus den Arbeitsgruppen des Bildungsministeriums zur Umsetzung der Inklusionsstrategie habe sich die GEW jetzt zurückgezogen, sagte Lindner. Ein Mitgestalten sei dort nicht möglich gewesen. Ihr Eindruck sei, dass lediglich Vorlagen des Ministeriums abgenickt werden sollten. Eine neue Gesprächsplattform gebe es jetzt beim Landesschulbeirat. An der Arbeitsgruppe dort nähmen viele Akteure und Betroffene, darunter der Städte- und Gemeindetag, der Landesschüler- und der Landeselternrat teil.

„Wir hoffen, hier auf Augenhöhe zu reden und zu Vereinbarungen zu kommen“, sagte Lindner. Die Arbeitsbedingungen für die Lehrer müssten dringend besser werden. Das Land müsse mehr Stunden zur Verfügung stellen, damit Klassen geteilt und die Arbeit in kleinen Gruppen möglich werde. Auch sei mehr Zeit für die Abstimmung mit anderen Lehrern, Psychologen, Sozialarbeitern und Sonderpädagogen nötig. An den Schulen seien auch Umbauten nötig. Die GEW schätze die Kosten für eine aus ihrer Sicht gute Ausstattung der Schulen im Land auf knapp 260 Millionen Euro. Davon sei die Inklusion ein Teilbereich.

Iris Leithold (Schwerin)

Initiative gegen sexuelle Gewalt an Schulen in Brandenburg

Potsdam (dpa) – Kinder und Jugendliche an Brandenburger Schulen sollen künftig besser vor sexueller Gewalt geschützt werden. „Schule ist meist nicht der Ort, an dem sexuelle Gewalt stattfindet – aber sie ist ein Schutz- und Schonraum, in dem sich die Kinder lange aufhalten und Hilfe erfahren sollen“, sagte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) am 18. Juni zum Start der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“.

„Das Ziel ist, dass jede Schule im Land ein Schutzkonzept entwickelt“, so Ernst. Dazu erhalten die Schulleitungen eine Infobroschüre und umfassende Materialien im Internet. Die Initiative läuft bundesweit. Brandenburg ist das neunte Bundesland, das mitmacht.

Rein statistisch gesehen seien in jeder Schulklasse ein bis zwei Kinder von sexueller Gewalt betroffen, sagte der Bundesbeauftragte für Fragen des Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig. „Die Fallzahlen sind ungebrochen hoch.“

Brandenburg liegt dabei laut Polizeilicher Kriminalstatistik mit 17 gemeldeten Fällen pro 100 000 Einwohner im oberen Mittelfeld der Bundesländer. In Baden-Württemberg sind es statistisch 10,3 Fälle, in Sachsen-Anhalt 20,8. Dies sind aber nur die tatsächlich gemeldeten Fälle, das Dunkelfeld ist groß.

Zunächst nur Appell zur Sensibilisierung für das Thema

Die Initiative ist zunächst nur ein Appell an die Schulleitungen, die Lehrer zu schulen und entsprechende Schutzkonzepte zu erstellen. „Ich schließe aber nicht aus, dass wir irgendwann die Verbindlichkeit erhöhen“, sagte Ministerin Ernst.

Sie verwies auf in den vergangenen Jahren gestartete Initiativen zur Gewaltprävention. Ein neues großes Feld sei nun die Vorbeugung gegen sexuelle Gewalt, mit der Kinder im Internet konfrontiert würden. „Kinder- und Jugendschutz findet im Netz nicht statt“, warnte auch Rörig.

Er appellierte an alle Schulleiter, sich des Themas engagiert anzunehmen. Bei seiner Arbeit stelle er immer wieder fest, dass manche Schulleitungen das Problem von sich wiesen. „Ich habe schon Schreiben bekommen mit dem Tenor: „Wir sind keine Schule in kirchlicher Trägerschaft und haben das Problem nicht“, berichtete Rörig. Daher habe er bei der Mappe für die Infomaterialien ein extra großes Format gewählt. „Die Mappe ist im Format A3, damit sie garantiert in keinem Schulleiterbüro in die Mülltonne passt.“

Klaus Peters (Potsdam)

Internet:

- Weitere Informationen zur Initiative <http://dpaq.de/o8rZL>

Landtag beschließt neues Schulgesetz in S-A

Magdeburg (dpa) – Mehr Geld für Privatschulen, ein Referendariat für Quereinsteiger und Schulverbände: Der Landtag in Sachsen-Anhalt hat ein neues Schulgesetz beschlossen. Bildungsminister Marco Tullner (CDU) sprach am 20. Juni von einem wichtigen Schritt für die Schulen im Land. Das Gesetz regelt auch, dass Pflege-Azubis künftig kein Schulgeld mehr zahlen müssen. Über die Neuregelungen war lange diskutiert worden. Vielen Parlamentariern – auch aus der Koalition – geht es vor allem im Kampf gegen den Lehrermangel in Sachsen-Anhalt nicht weit genug.

Weil sich nicht ausreichend regulär ausgebildete Lehrer finden, will das Land verstärkt auf Quereinsteiger aus anderen Berufen setzen. Damit diese das pädagogische Rüstzeug für ihren neuen Job bekommen, können sie jetzt ein Referendariat absolvieren. Das lasse sich auch berufsbegleitend organisieren, sagte Tullner. Die Möglichkeiten für Quereinsteiger würden erweitert, ohne die Qualität des Unterrichts aus dem Auge zu verlieren.

Die Möglichkeit, Schulverbände zu bilden, soll gerade auf dem Land die Schließungen von Grundschulen verhindern. Kleine Grundschulen können sich künftig einer größeren Schule als Nebenstandort anschließen. Der Verbund könne sich Personal teilen und so Ausfälle abpuffern, erläuterte Tullner. Die Untergrenze für einen Standort liegt bei 40 Schülern.

Zur Finanzierung der Privatschulen enthält das Gesetz eine Übergangsregelung. Die Zuschüsse des Landes bei Personal- und Sachkosten werden angehoben. Im kommenden Jahr sollen die Ergebnisse eines unabhängigen Gutachtens Klarheit bringen, wie hoch der Finanzbedarf der Privatschulen tatsächlich ist.

Studie: Angestellte Lehrer verdienen deutlich weniger als Beamte

Düsseldorf (dpa) – Angestellte Lehrer in Nordrhein-Westfalen bekommen nach Angaben von Interessensvertretern mehrere Hundert Euro weniger Gehalt im Monat als ihre verbeamteten Kollegen. Laut einer aktuellen Studie im Auftrag der Schutzgemeinschaft angestellter Lehrer und Lehrerinnen NRW (SchaLL.NRW) summieren sich die Unterschiede während des Berufslebens und im Ruhestand auf bis zu 275 000 Euro netto. Angestellte

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - SCHULE

Lehrer bekämen im Monat mindestens rund 500 Euro weniger als Beamte, sagte der Landesvorsitzende des Berufsverbands, Ralf E. Heinrich, am 22. Juni in Düsseldorf bei der Vorstellung der Studie.

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW (GEW NRW) spricht von Gehaltsunterschieden zwischen 400 und 500 Euro. „Das ist ein Ärgernis seit ewigen Zeiten“, sagte GEW-Sprecher Berthold Paschert der Deutschen Presse-Agentur. Denn die Lehrer hätten eine gleichlange und gleichwertige Ausbildung und machten denselben Job.

„Wir haben seit Jahrzehnten eine Zweiklassengesellschaft in allen Lehrerzimmern und allen Schulen in Nordrhein-Westfalen“, sagte SchaLL.NRW-Vorstandsmitglied Stefan Nierfeld. Der Berufsverband fordert ein Einkommensgleichstellungsgesetz – mindestens aber 1000 Euro brutto mehr im Monat für angestellte Lehrer als bisher. Nach Angaben des Berufsverbandes sind in NRW rund 40 000 der insgesamt 160 000 Lehrer angestellt. Die Forderung von 1000 Euro mehr Gehalt würde jährlich also mindestens 480 Millionen Euro extra kosten.

Internet:

- Studie Michael Popp <http://dpaq.de/QHDkM>
- Infos zu Lohnunterschieden SchaLL.NRW <http://dpaq.de/S459Z>
- PM SchaLL.NRW <http://dpaq.de/ITILR>

Hessen setzt Disziplinarverfahren gegen 4200 Lehrer aus

Wiesbaden (dpa) – Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Streikverbot für Beamte bestätigt hat, bleiben die angekündigten Disziplinarverfahren gegen Lehrer in Hessen zunächst ausgesetzt. „Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass binnen sechs Monaten eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingelegt werden kann“, teilte das Hessische Kultusministerium am 21. Juni mit.

2015 waren Lehrer auch in Hessen für mehr Geld und kürzere Arbeitszeiten auf die Straße gegangen, obwohl sie dies nicht dürfen. Damals seien 50 Disziplinarverfahren abgeschlossen worden, hieß es damals vom Ministerium. Sie endeten demnach für die Betroffenen meist mit einem Verweis, der auf Beförderungen Einfluss haben kann. Als Kläger aus anderen Bundesländern gegen Disziplinarstrafen vor das Bundesverfassungsgericht zogen, setzte Hessen seine Verfahren aus. Am 12. Juni schließlich bestätigten die Karlsruher Richter das Streikverbot für Beamte.

VORSCHULE

Kita-Kinder in Rheinland-Pfalz sollen besser betreut werden

Mainz (dpa) – Die rund 160 000 Kita-Kinder in Rheinland-Pfalz sollen mit Millioneninvestitionen besser betreut werden. Die Ampel-Regierung will mit ihrem Vorschlag für ein neues Kita-Gesetz unter dem Strich mehr Personal einführen, einen Anspruch auf sieben Stunden Betreuung am Stück sowie Mittagessen in allen Kitas bieten, eine gerechtere Bemessung der Erzieherinnen und mehr Sozialarbeit und Inklusion. Ab dem zweiten Lebensjahr bis Schuleintritt soll generell kein Kita-Beitrag mehr fällig werden. Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) sagte am 19. Juni bei der Vorstellung des Entwurfes: „Vor allen Dingen werden die Kinder eben davon profitieren.“

Was genau haben die Kinder von dem Gesetz?

Für die bessere Betreuung von Mädchen und Jungen in Krippen, Kindergärten und Horten sind mehr Erzieherinnen notwendig. Im vergangenen Jahr arbeiteten fast 38 000 Menschen in Kitas – darunter rund 22 000 Erzieher. Damit mehr Zeit für Bildung und Erziehung da ist, soll deren Zahl steigen. Wenn der Hebel für das Kita-Gesetz auf einmal umgelegt würde, kämen nach Angaben der Bildungsministerin etwa 2500 Erzieherinnen hinzu. Die Steigerung ist aber ein jahrelanger Prozess.

Wie können die Eltern von den Plänen profitieren?

Die Landesregierung will mit der Neufassung des Kita-Gesetzes von 1991 dafür sorgen, dass sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen. „Eltern möchten ihre Kinder früher in Kitas geben tagsüber“, sagt Hubig. Und sie wollen Kinder länger in Krippe und Kindergarten lassen. Deshalb soll es künftig einen Anspruch auf regelmäßige Betreuung von sieben Stunden am Stück geben und nicht mehr ein gestückeltes Angebot vormittags und nachmittags. Entlastet werden Eltern, die für Kinder in Krippen noch einen Beitrag zahlen müssen. Väter und Mütter sollen mehr Mitsprache im neuen Kita-Beirat bekommen, der aus den Trägern der Einrichtungen, Kita-Leitung, Fachkräften und Eltern besteht.

Was soll sich beim Personal ändern?

Der Rechnungshof monierte 2017, das Fördersystem sei hochkomplex und es gebe 12 000 Kita-Plätze, die nie belegt waren. Künftig soll das Personal nach Plätzen statt nach Gruppenstruktur bemessen werden – für unter Zweijährige, über Zweijährige und Schulkinder. Dazu kommt Zeit für Leitungsaufgaben und Geld für Fachkräfte wie Sozialarbeiter. Bisher kommen rechnerisch 3,5 Kinder in Krippen und 8,6 Jungen und Mädchen in Kinder-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - VORSCHULE

gärten auf eine Erzieherin – allerdings mit großen regionalen Unterschieden. Das geht aus dem Ländermonitoring der Bertelsmann Stiftung von 2017 hervor. Damit liegt Rheinland-Pfalz bundesweit im oberen Bereich. Der Betreuungsschlüssel soll künftig so angehoben werden, dass er mindestens auf dem Niveau des Landesdurchschnitts liegt.

Wie viel kostet das Ganze?

Das Land gibt für Kitas in diesem Jahr rund 620 Millionen Euro aus. Künftig sollen 62 Millionen Euro im Jahr für mehr Personal hinzukommen. Für einen besonderen Bedarf an Fachkräften für Sozialarbeit und Sprachförderung etwa in sozialen Brennpunkten soll es 18 Millionen Euro pro Jahr mehr für Jugendämter geben. Insgesamt umfasst das sogenannte Sozialraumbudget 46 Millionen Euro. Damit Kitas mit einem besseren Personalschlüssel als der Landesschnitt auch künftig dieses Niveau halten können, sind 27 Millionen Euro in einem Entwicklungsbudget geplant.

Wann sollen die Pläne Wirklichkeit werden?

Der Landtag entscheidet noch über das Gesetz. Die CDU-Opposition zeigte sich enttäuscht. CDU-Familienpolitikerin Simone Huth-Haage warf der Regierung vor, allein Bundesmittel weiterzureichen. Ein halbes Jahr, nachdem das Gesetz verkündet ist – das könnte im ersten Halbjahr 2019 sein -, sollen die Gebührenfreiheit und ein Teil der Mittel aus dem Sozialraumbudget bereitstehen. Die neue Finanzierung soll erst 2021 in Kraft treten, damit sich Träger und Jugendämter vorbereiten können.

Was passiert mit den kleinen Kitas auf dem Land?

Kleine Einrichtungen in den Dörfern sollen nach Angaben von Ministerin Hubig auch künftig mindestens zwei Erzieherinnen haben. Die CDU-Landtagsfraktion befürchtet, dass Kitas auf dem Land mit den Plänen schlechter gestellt werden könnten, weil sich das Personal nicht mehr an den Gruppen bemessen soll.

Oliver von Riegen (Mainz)

Internet:

- Bertelsmann Stiftung zu Personalschlüssel in Kitas RLP 2016 <http://dpaq.de/LvPif>
- Kommunalbericht Rechnungshof RLP 2017 <http://dpaq.de/oDIWL>

Keine Kita-Gebühr in Niedersachsen ab August

Hannover (dpa) – Eltern in Niedersachsen können ab dem 1. August ihre Töchter und Söhne kostenlos in den Kindergarten schicken. Das entsprechende Gesetz dafür hat der Landtag in Hannover am 20. Juni verabschiedet.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - VORSCHULE

det. Künftig sind alle drei Jahre des Kita-Besuchs gebührenfrei. Bislang galt dies in Niedersachsen nur für das letzte Jahr vor der Einschulung. Ab dem kommenden Kindergartenjahr haben Eltern Anspruch auf acht Stunden kostenfreie Betreuung. Für Betreuungszeiten, die darüber hinausgehen, dürfen die Träger weiterhin von den Eltern Gebühren verlangen. Gibt es in Kommunen Engpässe bei den Kita-Plätzen, übernimmt das Land auch die Kosten für Tagesmütter.

Die Beitragsfreiheit gilt für alle Kinder im Kita-Alter: Für Jungen und Mädchen, die am 1. August bereits das dritte Lebensjahr abgeschlossen haben und in diesem Sommer im Kindergarten starten, bis hin zu Kindern im letzten Jahr vor der Einschulung. Eltern, die derzeit noch Gebühren für den Kita-Besuch ihres Nachwuchses überweisen, können diese Zahlungen zum August einstellen. „Ein Dauerauftrag kann jetzt für die Zeit ab August storniert werden, sofern er sich auf die gebührenfreie Betreuung für bis zu acht Stunden bezieht“, sagte dazu Thorsten Bullerdiek, Sprecher des Städte- und Gemeindebundes. Die Kommunen gehen ihm zufolge derzeit davon aus, dass genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen.

„Heute ist ein richtig guter Tag für alle Kindergartenkinder in Niedersachsen und deren Eltern“, sagte Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD). „Wir wollen, dass Niedersachsen ein betont familienfreundliches Land ist, und dafür ist diese Maßnahme ein ganz wichtiger Schritt“, so Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Die Opposition aus FDP und Grünen rügte, das neue Gesetz habe wegen der großen Eile schwere handwerkliche Mängel. Gemeinsam mit der Einführung der Beitragsfreiheit tritt auch eine weitere Änderung in Kraft: Künftig sollen Erzieher in der Kita die Sprachförderung im Vorschulalter übernehmen – bislang war dies die Aufgabe von Grundschullehrern.

Entlastung der Eltern von bis zu 4000 Euro im Jahr

Den Familien in Niedersachsen bringe die Neuerung eine Entlastung von 1400 bis 4000 Euro pro Jahr, sagte der SPD-Abgeordnete Stefan Politze. „Das ist richtig viel Geld für eine Krankenschwester, aber auch für Familien mit zwei Kindern.“

Um den Wegfall der Elterngebühren zu kompensieren, hat Niedersachsen in seinem Nachtragshaushalt für das laufende Jahr 109 Millionen Euro eingeplant. Für 2019 sind 270 Millionen Euro veranschlagt. Bis zum Jahr 2022 sollen zusätzlich noch 328 Millionen Euro aus Bundesmitteln in die frühkindliche Bildung fließen.

Doris Heimann (Hannover)

URTEILE

Mehrfache Befristung ohne Grund bleibt tabu

Karlsruhe (dpa) – Schützenhilfe für Arbeitnehmer vom höchsten deutschen Gericht: Unternehmen dürfen nicht ohne Grund einen Beschäftigten wiederholt mit befristeten Arbeitsverträgen abspeisen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in einem am 13. Juni in Karlsruhe veröffentlichten Beschluss das Verbot mehrfacher befristeter Verträge beim selben Arbeitgeber, das vom Bundesarbeitsgericht großzügig ausgelegt worden war (Az: 1 BvL 7/14 und 1 BvR 1375/14 – Beschluss vom 6. Juni 2018).

Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz darf ein Arbeitgeber ohne Grund einen Arbeitnehmer höchstens zwei Jahre befristet beschäftigen. So soll der Gefahr von sogenannten Kettenverträgen vorgebeugt werden, bei denen ein Arbeitsverhältnis immer wieder durch einen neuen befristeten Arbeitsvertrag verlängert wird.

Damit schütze der Staat das unbefristete Arbeitsverhältnis als Regelbeschäftigungsform und den „strukturell unterlegenen Beschäftigten im Arbeitsverhältnis“, erklärten die Karlsruher Richter. Verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden sei es jedoch, wenn die grundlose Befristung als Brücke in eine Dauerbeschäftigung genutzt werde. Auch wenn eine Vorbeschäftigung sehr lange zurückliegt oder von kurzer Dauer war, könne die Befristung zulässig sein. Als Beispiel nannte das Gericht Jobs während der Schul-, Studien- oder Familienzeit oder als Werkstudent.

Bundesarbeitsgericht urteilte anders

Das Bundesarbeitsgericht hatte das Gesetz so ausgelegt, dass eine neue Befristung ohne Grund nach drei Jahren möglich ist. Dem schob das Bundesverfassungsgericht einen Riegel vor: Gerichte dürften das Gesetz nicht gegen den klar erkennbaren Willen des Gesetzgebers auslegen.

Damit hatte ein Mann Erfolg, der bei einem großen Autozulieferer in Bamberg wiederholt befristet beschäftigt war und durch die Instanzen auf unbefristete Einstellung geklagt hatte (1 BvR 1375/16). Nach Angaben seines Hamburger Anwalts Klaus Bertelsmann geht das Verfahren nun an das Landesarbeitsgericht Nürnberg zurück.

Der Anwalt geht davon aus, dass nach dessen Entscheidung das Unternehmen dem Mann aufgelaufene Zeiten nach der Befristung nachträglich bezahlen müsse; auch das Arbeitsverhältnis bestehe dann weiter. „Unabhängig davon ist nun wieder klar, dass die vielen beim Bundesarbeitsgericht anhängigen ähnlichen Verfahren entschieden werden können“, so Bertelsmann.

Aus Sicht der Arbeitsrechtlerin Cornelia Marquardt der Kanzlei Norton Rose Fulbright sorgt die Karlsruher Entscheidung hingegen „für neue Rechtsunsicherheit“. Sie kritisierte „unscharfe Kriterien“ in Hinblick auf die zugelassenen Ausnahmen. „Die klare und praxistaugliche Auslegung des Bundesarbeitsgerichts, das eine Neuanstellung bejahte, wenn eine Vorbeschäftigung mehr als drei Jahre zurückliegt, ist damit Makulatur.“

Internet:

- PM des Gerichts <http://dpaq.de/kfftE>
Link zum Gesetz <http://dpaq.de/d6DBg>

Bundesgericht: Oma gilt nicht als „geeignete Tagespflegeperson“

Kassel/Magdeburg (dpa) – Kinder in der Obhut ihrer Großeltern sind bei Unfällen nicht automatisch gesetzlich versichert. Das hat das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel am 19. Juni entschieden.

Eine Großmutter aus dem Raum Magdeburg wollte, dass die Unfallkasse Sachsen-Anhalt als staatliche Einrichtung den Unfall ihres Enkels anerkennt und zahlt. Der Junge war als Einjähriger 2008 während der Betreuung durch die Oma in einen Pool gefallen, er ist seitdem schwer behindert. Nach Ansicht der Kasseler BSG-Richter bestand kein Versicherungsschutz, weil eine Einbindung des Jugendamtes in das Betreuungsverhältnis fehlte.

Das Sozialgesetzbuch sieht zwar einen Versicherungsschutz für Kinder bei der Betreuung durch „geeignete Tagespflegepersonen“ vor. Doch das umfasse nicht die Betreuung durch die Großmutter, die weder Geld bekam noch als Tagespflege registriert war. Der Unfallschutz gelte nur, wenn man sich in „einen staatlich organisierten Verantwortungsbereich hinein begibt“, erklärte das Gericht. Es nannte als Beispiel Schüler und Kindergartenkinder.

Unfallkasse hatte vor schwerwiegenden Konsequenzen gewarnt

Die Kasseler Richter bestätigten damit zwei Entscheidungen der vorigen Instanzen. Die Unfallkasse hatte zuvor vor den schwerwiegenden Folgen gewarnt, sollte die Großmutter Erfolg haben. „Dann würde die Unfallversicherung zu einer Volksversicherung verkommen“, sagte der Vertreter der Kasse. Ohne gesetzliche Unfallversicherung würden am Ende nur die Fälle bleiben, in denen Eltern ihre Kinder selbst betreuten.

Der Anwalt der Großmutter hatte argumentiert, dass eine durch das Jugendamt vermittelte Betreuerin die Leistung der Verwandten nicht hätte erbringen können. Die Großmutter habe den Jungen teilweise von 6.00 bis

21.00 Uhr und an Wochenenden betreut sowie bei sich übernachten lassen, damit die Mutter arbeiten konnte.

Kurios an dem Fall war laut Richter, dass die Familie des verunglückten Jungen selbst gegen die Forderung der Großmutter war. Denn ein Gericht hatte die Oma bereits in einem Zivilverfahren zur Zahlung von mindestens 400 000 Euro Schmerzensgeld verurteilt. Hätte sie vor dem Bundessozialgericht gewonnen, wäre dieses Urteil nichtig gewesen. Laut Anwalt des Jungen muss nun die Haftpflichtversicherung der Großmutter zahlen.

Aktenzeichen Sozialgericht Magdeburg: S 10 U 143/13 Aktenzeichen Landessozialgericht Sachsen-Anhalt: L 6 U 58/14 Aktenzeichen Bundessozialgericht Kassel: B 2 U 2/17 R

Gericht: Rektor wird nach Veruntreuung von Schulgeld zurückgestuft

Ansbach (dpa) – Der Rektor einer Mittelschule in Nürnberg wird wegen der Veruntreuung von Schulgeldern zum Lehrer zurückgestuft. Dies entschied das Verwaltungsgericht in Ansbach nach Angaben eines Sprechers am 8. Juni. Wegen der „besonderen Umstände des Einzelfalles“ – Krankheit und hohe Schulden – verliere der Pädagoge seinen Job nicht komplett, sagte der Sprecher.

Eine sogenannte Entfernung aus dem Dienst wäre die schärfste Maßnahme gewesen und war in dem Disziplinarverfahren von der Landesanwältin gefordert worden. Der 63-Jährige hätte dann seinen Beamtenstatus und seine Pensionsansprüche verloren. Sollten weder Landesanwaltschaft noch Beklagter Berufung einlegen, kann der 63-Jährige in einem Monat wieder als Lehrer arbeiten. Von seinem Rektorenamt ist der Mann derzeit suspendiert.

Der 63-Jährige hatte EC-Karte und Geheimnummer für ein Schulkonto zu Hause aufbewahrt und seine Frau hatte zwischen 2013 und 2015 davon immer wieder Geld abgehoben, um private Schulden zu begleichen. Vom Amtsgericht in Nürnberg wurde der Schulleiter deshalb 2016 zu einer zehnmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Das Ehepaar hat später die gesamte Summe zurückgezahlt. Schwere Krankheiten und Verschuldung durch einen Hausbau hätten seine Frau zu der verzweifelten Tat getrieben, sagte der Rektor.

Gericht: Sozialhilfeempfänger müssen private Darlehen dokumentieren

Celle (dpa) – Wer Sozialleistungen kassiert und zugleich hohe Geldsummen aus dem Ausland überwiesen bekommt, kann nach einem Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen nicht einfach behaupten, es handele sich um ein Darlehen. Auch wer sich im Freundes- und Familienkreis Geld borge, müsse einen Darlehensvertrag anfertigen und Rückzahlungsquittungen aufheben, entschieden die Celler Richter in einem am 18. Juni veröffentlichten Urteil. Nur so sei klar, dass es sich nicht um eine verschleierte Schenkung oder eine verdeckte Gewährung von Unterhalt handele. (AZ: L 7 AS 167/16)

Im konkreten Fall ging es um eine Familie in Hannover, die Hartz IV-Leistungen bezog und zugleich in 39 Einzelzahlungen über einen Bargeldtransferdienst 117 000 Euro aus Bahrain, Libyen und den Vereinigten Arabischen Emiraten erhielt. Als dies bekannt wurde, forderte das Jobcenter die gezahlte Stütze zurück.

Verdacht der Geldwäsche

Im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen wegen des Verdachts der Geldwäsche erklärte der Vater, dass es sich bei den Zahlungen um ein Darlehen von wohlhabenden Veranstaltern von Hahnenkämpfen aus Bahrain gehandelt habe. Die Familie habe das Geld für Autokäufe, eine Reise, eine Hochzeitsfeier und Schulden eines Bruders benötigt. Ein schriftlicher Darlehensvertrag existiere nicht, Zinsvereinbarungen seien aus religiösen Gründen verboten, Rückzahlungsquittungen seien kulturell unüblich. Zur Tilgung sollte Erspartes an Verwandte mitgegeben werden, die es im Libanon übergeben würden.

All dies überzeugte das Landessozialgericht nicht. Es sei nicht ausreichend, wenn bei einer im Verhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit exorbitant hohen Darlehenssumme letztlich Zeit und Höhe der Tilgung im Belieben der Kläger stünden. Das Strafverfahren wegen Geldwäsche wurde letztendlich eingestellt, weil sich eine kriminelle Herkunft des Geldes nicht belegen ließ und es nicht völlig abwegig erschien, dass es sich um ein Darlehen handeln könnte.

Internet:

- Mitteilung des Gerichts <http://dpaq.de/492xU>

Gericht: Besoldung von Saar-Beamten verfassungswidrig zu niedrig

Saarlouis (dpa) – Saarländische Beamte der Besoldungsgruppe A 11 sind nach Ansicht des saarländischen Oberverwaltungsgerichts von 2011 bis 2016 nicht ausreichend bezahlt worden. Die Besoldung sei „in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen“ gewesen, teilte das Gericht am 4. Juni in Saarlouis mit. Daher werde das Verfahren nun dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Wenn man die Beamtenbesoldung mit der Entwicklung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst oder der Verbraucherpreise vergleiche, ergäben sich „ausreichende Indizien, die eine umfassende Betrachtung und Gesamtabwägung der Verfassungsmäßigkeit“ der Besoldung erforderlich machten, hieß es zur Begründung. Wenn man dann noch die gesteigerten Anforderungen an Beamte berücksichtige, gebe es keine Zweifel „am Vorliegen einer verfassungswidrigen Unteralimentation“.

Gericht sagte nicht, welches Gehalt angemessen ist

Wie viel mehr Geld die Beamten bekommen müssten, um „amtsangemessen“ bezahlt zu werden, habe das Gericht nicht ausgerechnet. Aber: „Wenn das Bundesverfassungsgericht das genauso sähe wie wir, wäre der Gesetzgeber aufgerufen zu schauen, dass er das verfassungsgemäß durchstrukturiert“, sagte eine Sprecherin des Gerichts.

Der vorliegende Fall beziehe sich nur auf die Gruppe A 11. „Wie das bei anderen Gruppen ist, ist nicht entschieden.“ Geklagt hatte ein Beamter aus der Finanzverwaltung. Derzeit bekommen Beamte in der Gruppe A 11 je nach Berufserfahrung ein Gehalt zwischen 3000 und knapp 4000 Euro.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - TERMINE

TERMINE

Juni 2018

24. 68. Lindauer Nobelpreistagung, Lindau, Info: <http://dpaq.de/9Co44> , (bis 29.)
24. Tagung des Unesco-Welterbekomitees, (Das Komitee berät über die Aufnahme neuer Denkmäler in die Welterbeliste. Aus Deutschland sind Wikingerzeitliche Stätten in Nordeuropa – Danewerk und Haithabu sowie der Naumburger Dom nominiert), .Manama (Bahrain), Info: <http://dpaq.de/VXpha> , (bis 4.7.)
26. Deutscher Kitaleitungskongress 2018, Verband Bildung und Erziehung, Augsburg , Info: <http://dpaq.de/zZ0hg>, (bis 27.)
26. „Ein Jahr eingefroren im Nordpolarmeer: Vorstellung des MOSAiC-Expedition“, Bundesministerium für Bildung und Forschung und Alfred-Wegener-Institut, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bHGvh>
27. Jahrestagung der Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/zP6gY> , (bis 29.)
28. Jahreskonferenz des Sonderforschungsbereiches „Schwächediskurse und Ressourcenregime“ zum Thema „Discourses of Weakness and the Futures of Societies“, Universität Frankfurt, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/ijGMT> , (bis 30.)
- 28.. Internationale Wissenschaftskonferenz „Futuras in Res“ zum Thema: Biologische Transformation in der Produktion – inwieweit lassen sich Muster aus der Natur systematisch für die Produktion und Technik der Zukunft nutzen?“ , Fraunhofer Gesellschaft, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Kjv9J> , (bis 29.)
28. „Langer Abend der Studienberatung“, Universität Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/5o3OI>
29. Fachtagung zum sozialen Menschenrecht auf Bildung, Eberhard-Schulz-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/JzH7e>
29. Tag der Technik an vier Hochschulstandorten in Mecklenburg-Vorpommern, Bildungsministerium und Universität Rostock, Info: <http://dpaq.de/uxPZ4>
30. Festsitzung zum Leibniztag 2018 mit Verleihung der höchsten Auszeichnungen der Akademie, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/6bvPQ>
30. Infotag der Professional School zu Weiterbildungsangeboten für Berufstätige, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/vrlBM>

Juli 2018

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - TERMINE

01. Start der Sommer-Universität für Schülerinnen der Klassen 10 bis 13, Technische Universität Ilmenau, Ilmenau, Info: <http://dpaq.de/RICqo> , (bis 6.)
02. DFG-Jahresversammlung 2018 mit Verleihung des Communicator-Preises 2018 für herausragende Leistungen in der Wissenschaftskommunikation, Bonn, Info: +49 228 885-2665
04. Sommersitzung des Wissenschaftsrates, München, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 6..)
05. DAAD-Netzwerkkonferenz, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn, Info: <http://dpaq.de/aVx3m> , (bis 6.)
05. Pressegespräch zum Thema „20 Jahre Kopftuchstreit – Verhindern Verbote die Integration?“, Mediendienst Integration, Stuttgart, (nur für Journalisten, Anmeldung erforderlich) Info: bax@mediendienst-integration.de.
10. Tagung zum Thema „Strategische Chancen und Handlungsfelder der Digitalisierung“, Zentrum für Wissenschaftsmanagement e.V., Hannover, Info: <http://dpaq.de/tohcP>, (bis 11.)
17. Symposium zum Thema „Freiheit verpflichtet – was Nachhaltigkeit für die Wissenschaft bedeutet“, Bundesministerium für Bildung und Forschung und Universität München, München, Info: <http://dpaq.de/zuluB>
17. Workshop zum Thema „Potentiale und Grenzen von Praxis-Hochschul-Kooperationen in Forschung und Lehre, Bundesministerium für Bildung und Forschung, München, Info: <http://dpaq.de/MytYb>
17. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek spricht auf der Aufstiegs-BAföG-Tour mit zukünftigen Gesellen über weitere Karriereschritte, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Ibbenbüren, Info: <http://dpaq.de/siqSr>

August 2018

03. 60. Mitgliederversammlung des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften, Potsdam, Info: <http://dpaq.de/DsMbT> , (bis 5.)
23. Konferenz zu kultureller Diversität, Migration und Bildung, Universität Potsdam, Potsdam, Info: <http://dpaq.de/wFVpo> , (bis 25.)
23. General Conference des European Consortium for Political Research, Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/KqMDd> , (bis 26.)
25. Tage der Offenen Tür im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Info: , (bis 26.)
28. Internationale Konferenz zum Thema „Natur und Bildung“, Humboldt-Universität Berlin, Berlin, Info: <http://dpaq.de/xqad0> , (bis 1.9.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - TERMINE

30. 6. Flux Kongress, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/SEHE4> , (bis 1.9.)

September 2018

11. Verleihung des Anneliese Maier-Forschungspreises und Fachkolloquium, Alexander von Humboldt-Stiftung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/HU0ha> +49 228 833-144, (bis 13.)
12. Tagung zur 21. Sozialerhebung: „Vielfalt und Implikationen studentischer Lebenslagen“, Schloss Herrenhausen, Hannover; Info: <http://www.sozialerhebung.de/SE21tagung> (bis 13.)
19. Medienmesse und Fachtagung fraMediale zum Schwerpunkt „Schnittstellen – Interfaces des Digitalen“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/ZXLYo>
24. Summer School zu nachhaltiger Chemie, Universität Lüneburg, Lüneburg, Info: <http://dpaq.de/37FEf> , (bis28.)
25. 52. Deutsche Historikertag an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Motto: „Gespaltene Gesellschaften“. Partnerland werden die Niederlande sein. Info: www.historikerverband.de (bis 28.)
28. Praxis-Workshop zum Thema „Digitalpotenzial – Individuelle Begabungen fördern mit digitalen Helfern“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/SuQuD>

Oktober 2018

- 04.. Jugendkonferenz youcoN zum Thema „Gemeinsam.Zukunft.Leben!“, Stiftung Bildung, Wolfsburg, Info: <http://dpaq.de/6upaW> , (bis 7.)
11. 363. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462, (bis 12.)
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis19.)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>
22. 1. Schulzukunftskongress, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Augsburg, Info: <http://dpaq.de/eimNM> , (bis 23.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zqXGK>

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - TERMINE

November 2018

- 07.. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
- 09. 12. Deutscher Kongress Schulverpflegung, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oyten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/ZUadf>
- 16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
- 17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
- 21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
- 29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>

Dezember 2018

- 04.. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
- 05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
- 06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Run auf Kitas und Schulen – Experten fordern massive Investitionen	2
Eltern mit wenig Bildung: Kinder landen vor Bildschirmen	4
Ramelow: Bildung und Betreuung sollten beitragsfrei sein	5
Berliner Filmfestspiele bekommen Doppelspitze aus Italien und Holland	6
Lastwagen voll Zukunftstechnik fährt bundesweit Schulhöfe an	8
Trauriger Rekord: 30 Millionen Kinder weltweit auf der Flucht.....	9
SOS-Kinderdörfer fordern mehr Schutz für Flüchtlingskinder	10

KULTURPOLITIK

Steinmeier eröffnet Thomas-Mann-Haus in USA	11
Ägyptisches Museum zieht an die Pyramiden	12
Millionen von Saudischer Stiftung für Pergamonmuseum	14
Sanierung Bonner Beethovenhalle wird teurer.....	14
Generalmusikdirektor Kirill Karabits verlässt Weimar 2019	15

BERUF UND WEITERBILDUNG

Bayern will mehr als 40 Millionen Euro in Weiterbildung investieren	16
Referendariat für angehende NRW-Lehrer künftig auch in Teilzeit	16
Aktionsprogramm für Fachkräfte im Saarland	17
Pilotprojekt für grenzüberschreitende Ausbildung wird dauerhaft	17

FORSCHUNGSPOLITIK

Himmlisches Hochbeet: Tomaten sollen in Satelliten wachsen	18
Japanische Sonde nähert sich Asteroiden – Deutsches Landegerät dabei	20
Dresden als „Polarisierungslabor“	22
Thüringen untersucht Nachwirkungen der DDR.....	22

HOCHSCHULE

Prüfungsunfähig? – Massenabbruch einer Klausur wirft Fragen auf	23
Hamburg hilft UKE mit 56 Millionen Euro	24
B-W baut Investitionsstaus bei Unikliniken ab	26
Uni-Medizin Greifswald baut weiter Defizite ab	27
Bundesbildungsministerin will Deutschland-stipendien ausbauen	28
Minister: Langzeitstudiengebühren verfehlen ihr Ziel in S-A.....	28

SCHULE

Inklusionsbündnis fordert bessere Bedingungen an Regelschulen in NRW	30
GEW: Inklusion in M-V funktioniert nicht	31
Initiative gegen sexuelle Gewalt an Schulen in Brandenburg	32
Landtag beschließt neues Schulgesetz in S-A.....	33
Studie: Angestellte Lehrer verdienen deutlich weniger als Beamte	33
Hessen setzt Disziplinarverfahren gegen 4200 Lehrer aus.....	34

VORSCHULE

Kita-Kinder in Rheinland-Pfalz sollen besser betreut werden	35
---	----

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 26/2018 25. Juni 2018 - INHALT (GESAMT)

Keine Kita-Gebühr in Niedersachsen ab August	36
URTEILE	
Mehrfache Befristung ohne Grund bleibt tabu.....	38
Bundesgericht: Oma gilt nicht als „geeignete Tagespflegeperson“	39
Gericht: Rektor wird nach Veruntreuung von Schulgeld zurückgestuft	40
Gericht: Sozialhilfeempfänger müssen private Darlehen dokumentieren	41
Gericht: Besoldung von Saar-Beamten verfassungswidrig zu niedrig	42
TERMINE	43
INHALT (GESAMT)	47

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.